

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1925

464 (8.10.1925) Morgenausgabe

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich 1.50 M. im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 1.40 M. Durch die Post monatlich 2.60 M. zuzüglich 75 Pf. Zustellgeb. Einzelpreise: Verkaufsnummer 10 S., Sonntagsnummer 15 S. Im Fall höherer Gewalt hat der Besteller keine Ansprüche bei verspäteter oder nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. auf den Monatsheften angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 11teilige Nonnen-Zeitung 0.32, auswärts 0.40 Goldm. Stellenanzeigen, Familien- und Gelegenheitsanzeigen ermäßigter Preis. Bestellungen an erster Stelle 2. Goldm. Bei Wiederholung tarifierter Rabatt. Bei der Nichterhaltung des Stalles bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konfusionen außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Badische Presse

und
Handels-Zeitung
Badische Landeszeitung
Verbreiteste Zeitung Badens.
Karlsruhe, Donnerstag, den 8. Oktober 1925.

Eigentum und Verlag von
Herrn Dr. Hermann Thiergartner
Chefredakteur: Dr. Walter Schneider,
Verantwortlich: Dr. Walter Schneider,
Redaktion: Dr. Walter Schneider,
Dr. Fritzner für auswärtige Politik,
Dr. Kimmig für Politik und Sport,
Dr. Boldecker für Kommunalpolitik,
Dr. Rinder für das Bauwesen,
Emil Reizner für Ober- und
Kriegs-Verwaltung für Handelsnachrichten,
Dr. Feld für die Anzeigen,
Dr. Rinder für alle in Karlsruhe,
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Weiger,
Fornsprecher: 4050 4051 4052 4053 4054
Geschäftsst. Bittel- u. Zammfr.-Gde.
Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 8359.
Kellern: Wolf und Deimat / Literarische Umschau / Romanblatt / Sportblatt / Frauenzeitung / Wandern und Reisen / Haus u. Garten / Karlsruher Vereinszeitung.

Vor den politischen Entscheidungen in Locarno.

Politische Aussprachen unter vier Augen. — Die Wünsche der einzelnen Delegationen. — Die Arbeiten der Juristen.
Um Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. — Briands Doppelpäne.

Unterredung zwischen Luther und Briand.

(Drahtbericht unseres nach Locarno entsandten Chefredakteurs.)
Dr. W. Sch. Locarno, 7. Oktober.

Nachdem sich gestern herausgestellt hatte, daß sich die deutsche und die französische These über den Inhalt der beiden Artikel des abzuschließenden Paktes, in denen die großen politischen Fragen des Völkerbundes, der Disparität und des Durchmarschrechtes entschieden werden müssen, noch mit großer Schärfe gegenüberstehen, ist man heute dazu übergegangen, diese Punkte zunächst einmal aus der Plenarsitzung der Ministerkonferenz herauszunehmen und durch persönliche Aussprache unter vier Augen eine Annäherung der gegenseitigen Standpunkte zu suchen.

Eine Methode, die schon in London mit Erfolg angewendet wurde. Heute vormittag haben sich der deutsche Reichskanzler Dr. Luther und der französische Außenminister Briand im Auto in das eine halbe Stunde entfernte Ascóna begeben und dort ganz ohne Ohrenzeugen etwa eine Stunde im Hotel Cloetta gesprochen. Über den Inhalt dieser Unterhaltung wird ganz selbstverständlich überhört nichts bekannt werden. Wenn sich Briand nach der Unterhaltung von Ascóna gegenüber französischen Pressevertretern mit allgemeinen Ausdrücken befreit über die Unterhaltung aussprach und wenn heute abend der Reichskanzler durch seinen Pressechef erklären ließ, daß die Unterhaltung einen Schritt weiter in der Klärung der umstrittenen Fragen geführt habe, so ist damit über das Ergebnis der Verhandlungen noch gar nichts gesagt. Es stellt sich immer mehr heraus, daß bei der ungeheuren Tragweite des behandelten Problems die Verantwortung, die jeder Staatsmann durch eine Bindung für seine Nation übernimmt, so groß ist.

daß man nicht im leichtesten Galopp die hohe Bürde im ersten Ansturm nehmen kann.

Wenn auch in der deutschen Delegation bei Beginn der Konferenz ein starker Optimismus zur Schau getragen wurde, so ist das aus tatsächlichen Gründen zu verstehen, weil die Gegenseite damit anfangs, um eventl. ein Scheitern der Verhandlungen auf schlechten Willen der deutschen Delegation von vorn herein schieben zu können.

Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen.

Ohne daß die neue Formulierung des Paktentwurfs in den verschiedenen Fassungen der einzelnen Abschnitte bekannt wäre, läßt sich doch aus dem äußerlichen Aufbau des Entwurfs und der allgemeinen Charakterisierung der einzelnen Abschnittskategorien der Charakter der umstrittenen politischen Probleme und im Zusammenhang damit die Situation, bis zu der die gegenwärtigen Verhandlungen gelangt sind, am einfachsten darstellen. Man hat in London ein Gerippe von einer Präambel und 11 Paragraphen für den Pakt geschaffen. Der äußere Aufbau und die Materie, die in den einzelnen Abschnitten geregelt werden soll, sind geklärt. Für einige Abschnitte — man nennt deren vier — ist auch schon eine übereinstimmende Formulierung aller Juristen gefunden und durch die Minister gebilligt. Bei der Präambel und weiteren fünf Abschnitten ist man weniger aus materiellen, als aus juristischen Gegenständen und Prämissen noch zu keiner einheitlichen Formulierung gelangt.

Die deutschen Wünsche

suchen in der Präambel die Wänderung eines Satzes zu erlangen der — in zwar überaus verkürzter Form — die deutsche Kriegs- schuld noch einmal berührt. In einem anderen Abschnitt wird die Bezeichnung des Paktes als Rheinlandstatut abgelehnt, weil es der Würde und Souveränität der deutschen Nation nicht entsprechen würde, wenn der Ansicht eines besonderen Regimes für einen rein deutschen Landesteil erteilt würde. In einem anderen Abschnitt soll nach deutschem Wunsch rein formell die Gegenseitigkeit und Gleichheit der partizipierenden Mächte klarer ausgedrückt werden. Außer den deutschen Wünschen zu der Präambel und zu den erwähnten fünf Abschnitten liegen auch noch

französische und belgische Amendements

vor, so vor allem der belgische Vorschlag zur Präambel, der an das Erlöschen der belgischen Neutralitätsakte von 1839 anknüpft und die belgische Neutralität erneut mit der militärischen Neutralisierung der Rheinlande verbunden sehen will. Der Wunsch nach dieser Verbindung dürfte auf einen gemeinsamen belgischen und englischen Wunsch zurückzuführen, weil England, ausgehend von der Wiederanerkennung an die Garantie der belgischen Neutralität von 1839, leichter die öffentliche Meinung für die zu übernehmende Garantiestellung beim Sicherheitspakt gewinnen kann. Dieses belgische Amendement, das auch die Formulierung „Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits“ durch die gemeinsam zusammenfassende Formel „Mit Frankreich, Belgien und Deutschland“ als Postunterzeichner erlegt sehen will, hat zu dem bereits berichteten sogenannten „Zwischenfall Vandervelde“ geführt. Die Ausarbeitung all dieser Amendements und prestigegemäßen Gesichtspunkte zu den erwähnten fünf Abschnitten ist die Aufgabe, an der die Juristen in den letzten Tagen gearbeitet haben.

Der große politische Kampf,

bei dem sich die deutsche und französische These gegenüberstehen und der heute Luther und Briand zusammenführte, bezieht sich auf die beiden übrig gebliebenen Abschnitte des Paktentwurfs. In dem einen wird der

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

zur Voraussetzung des Paktschlusses gemacht, in dem anderen sucht Frankreich seinen Wunsch nach

Garantiestellung für die östlichen Schiedsverträge

unterzubringen. Bekanntlich widersehen sich die deutschen Unterhändler nicht grundsätzlich dem Eintritt in den Völkerbund, aber sie stellen ihre bekannten Vorbedingungen. Sie können sich nicht leicht, wie ihre Briand gestern annahm, mit der bloßen Hoffnung verkräften, daß Deutschland später wie jedes andere Völkerbundmitglied das Recht habe, sich auf eine Interpretation des Artikels 16 des Pakts und der Bestimmung betreffend das Durchmarschrecht für Völkerbundstruppen durch das eigene Gebiet zu verlassen.

Die deutschen Unterhändler brauchen die verbindliche Garantie der ihnen gegenüberstehenden Großmächte, daß sie sich auf die Seite eines entsprechenden deutschen Antrags unter allen Umständen stellen werden.

Wenn in diesem Punkt keine Einigung zu finden sein würde, so stehen sich schließlich ganz unersöhnlich die heiderseitigen Wünsche in der Frage der Disparität durch Frankreich gegenüber. Wenn nicht Frankreich sich wieder auf die Trennung von Westpakt und östlichen Schiedsverträgen, die auf der Londoner Juristenkonferenz bereits zustande gekommen, zurückzieht, so ist noch nicht zu übersehen, wie diese Klippe umschifft werden kann.

Die Vollziehung,

die um 4 Uhr begann, hat heute den Bericht der Juristen entgegengenommen, worauf weitere Anträge von verschiedenen Seiten gestellt wurden, mit deren Durcharbeitung die Juristen erneut beauftragt wurden. Es ist keine Frage, daß in diesen formellen und rein juristischen Fragen eine Lösung gefunden werden kann und daß man den äußeren Aufbau sowie die einheitliche Formulierung der Präambel und von 9 Abschnitten von dem ganzen Bilde als wahrscheinlich gesichert ansehen

kann. Die Vollziehung der Ministerkonferenz hat sich angelehnt der schwebenden politischen Aussprache, die wohl eine Fortsetzung vor allem durch eine

Unterhaltung zwischen Stresemann und Briand

erfahren muß, auf die 5 Punkte des Entwurfs beschränkt, an denen nur formale Veränderungen noch vorgenommen werden müßten. Die Sitzung dauerte deshalb auch verhältnismäßig kurze Zeit. Schon fünf Viertelstunden nach Beginn der Konferenz sah man Stresemann mit einem Begleiter in den Straßen und Gassen Locarnos spazieren gehen. Das Hauptinteresse wird sich jetzt auf die weiter zu erwartenden persönlichen Unterredungen konzentrieren. Hier fallen die Entscheidungen.

Stresemanns Zusammenstoß mit Briand.

Eine Richtfeststellung des Außenministers.
(Von unserem nach Locarno entsandten Sonderberichterstatter.)
Dr. W. Sch. Locarno, 7. Oktober.

Durch eine tendenziöse Darstellung der Schweizerischen Presse-Agentur sah sich heute abend Dr. Stresemann veranlaßt, vor einem kleineren Kreis von Pressevertretern das Wesentliche über den Verlauf der gestrigen Sitzung und seines Zusammenstoßes mit Briand richtigzustellen. Briand ging bei seiner Forderung nach Garantierung der östlichen Schiedsverträge durch Frankreich davon aus, daß Frankreich durch seine Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei gebunden sei, diese Forderung zu erfüllen. Dr. Stresemann erwiderte darauf, daß Deutschland in seinem Memorandum von vornherein die Verbindung der östlichen Schiedsverträge mit dem Westpakt selbst angeregt und dadurch zu erkennen gegeben habe, daß ihm jedes kriegerische Vorgehen im Osten zur gewaltsamen Völkerbundung der Grenze fernliege.

Briand wisse auch, daß ein großer Teil der deutschen öffentlichen Meinung gegen den Völkerbund voreingenommen sei. Wenn die deutsche Regierung trotz der geforderten Verschlebung des Eintritts in den Völkerbund dem Westpakt sich nicht ablehnend gegenüber verhalte, so liege darin doch wohl ein Beweis, da er selbst über die Anregung zum Sicherheitspakt gegeben habe, daß er es ernst mit der Herstellung eines wirklichen europäischen Friedens meine. Die deutsche Regierung sei auch der Meinung, daß die Garantierung der östlichen Schiedsverträge durch den Völkerbund denkbar weit genug gehe. Wenn der Völkerbund diese Verträge garantiere, so entfalle die Notwendigkeit einer speziellen Garantie durch Frankreich. Wenn Frankreich diese Auffassung nicht teile, so liege doch darin eine Herabsetzung des Völkerbundes, und dieser Akt des Völkerbundes wolle er und die deutsche Regierung sich nicht anschließen.

Briand erwiderte darauf, daß einige in der Völkerbundsakte vorgesehene Institutionen noch nicht tatsächlich in Kraft getreten seien und daß es erst eines weiteren Ausbaues der Völkerbundsinstitutionen bedürfe. Wenn das geschehen sei, so entfalle in einer späteren Zeit vielleicht nicht nur die Notwendigkeit, die östlichen Schiedsverträge zu garantieren, sondern vielleicht überhaupt die Notwendigkeit des ganzen Sicherheitspaktes.

Gegenüber der Darstellung der oben erwähnten Agentur, derzufolge die Delegierten Englands, Italiens und Belgiens den Standpunkt Briands gegenüber Stresemann unterstützten, stellte Dr. Stresemann fest, daß von einer solchen einmütigen Unterstützung des Briandschen Standpunktes nicht die Rede sein könne. Scialoja und Vandervelde hätten überhaupt mit keinem Wort in diese Debatte eingegriffen, und was Chamberlain gesagt habe, sei immerhin verschiedentlich gewesen.

Der Kampf gegen den Frankenturz.

Maßnahmen des französischen Finanzministeriums.

* Paris, 7. Okt. (Zuspruch.) Das französische Finanzministerium kündigt scharfe Maßnahmen zur Bekämpfung der neu einsetzenden Frankenturbe an. Ein heute nachmittag herausgegebenes amtliches Kommuniqué stellt fest, daß seit Verlangung der Washingtoner Schuldverhandlungen neue Valutahandlungen eingeschrieben hätten, die nur der in- und ausländischen Spekulation zugeführt werden könnten. Die Regierung sei fest entschlossen, um jeden Preis die Stabilität des Frankens aufrecht zu erhalten und habe demgemäß alle Maßnahmen getroffen, damit die Spekulation mit allen der Regierung zur Verfügung stehenden Mitteln gebrochen werde.

Das Pfund Sterling wurde bei Eröffnung der heutigen Börse mit 105.55 gehandelt, der Dollar mit 21.81. Am Nachmittag gingen die ausländischen Devisen etwas zurück. Das Pfund Sterling notierte man mit 104.88 und den Dollar mit 21.65 1/2.

Caillaux' Rückkehr nach Paris.

F.H. Paris, 7. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der Dampfer „France“, auf dem die französische Schuldenabordnung mit Caillaux an der Spitze aus Amerika zurückkehrt, wird in der Nacht vom Freitag zum Samstag in Le Havre eintreffen. Caillaux wird am Samstag nach Paris zurückkehren. Infolgedessen wurde der französische Ministerrat auf Samstag für 5 Uhr nachmittags einberufen, damit Caillaux ihm beizubringen kann.

Explosion eines Munitionsschiffes.

* Paris, 7. Okt. (Zuspruch.) Aus Bordeaux wird gemeldet, daß ein mit Fliegerbomben beladenes Munitionsschiff auf dem Wege nach Marokko auf der Höhe von Bordeaux in die Luft geflogen ist. Zahlreiche Schwer- und Leichtverletzte sind zu beklagen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Die Wirtschaftsverhandlungen.

Anzusehenheit mit den deutschen Vorschlägen.

F. H. Paris, 7. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die von der deutschen Handelsvertragsabordnung dem französischen Handelsminister übergebenen neuen Vorschläge werden dort bereits geprüft. Die „Information“ erfährt, daß diese Vorschläge sich nicht sehr von den früheren unterscheiden. Die Deutschen verlangten weiterhin das Meistbegünstigungsrecht, und für die Zugeständnisse die sie forderten, leisteten sie keine entsprechenden Gegenleistungen. Deutschland fordere den französischen Minimaltarif für die meisten Artikel u. a. Maschinen, chemische Produkte, Spielzeug, und das Zugeständnis Deutschlands bestehe nur darin, daß es den verminderten französischen Zolltarif für eine andere Gruppe von Waren nicht verlange.

Kabinettsrat in London.

v.D. London, 7. Okt. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Das englische Kabinettrat heute zum erstenmal nach den Parlamentsferien zusammen. Eine große Menschenmenge hatte sich in der Umgebung der Downing-Street versammelt, um die Ankunft der Minister zu sehen. Die Erörterungen drehten sich hauptsächlich um die Mossulfrage. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Der Schwerpunkt dieser Angelegenheit liegt nach dem „Star“ nicht mehr in London oder Angora, sondern beim internationalen Haag Schiedsgerichtshof.

Amerikareise Dr. Schachts.

Dz. Hamburg, 7. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht tritt am Freitag den 9. Oktober mit dem Dampfer „Deutschland“ der Hamburg-Amerika-Linie seine Amerikareise an. Er fährt am Freitag morgen von Hamburg Hauptbahnhof mit einem Sapsag-Sonderzug nach Cuxhaven, um dort an Bord der „Deutschland“ zu gehen.

Pariser Stimmungsmache.

Paris, 7. Okt. (Praktische Anweisung unserer Berichterstatter.) Wegen der gestern vorgenommenen Indiskretion...

Der amtliche Bericht

Über die heutige Nachmittagsitzung besagt: In der heutigen Sitzung der Konferenz wurde zunächst die allgemeine Aussprache wieder aufgenommen...

Besuch in Locarno eingetroffen.

Locarno, 7. Okt. (Funktspruch.) Die tschechische Delegation traf heute nachmittag um 2.30 Uhr unter Führung...

Die Zusammensetzung der polnischen Delegation.

Locarno, 7. Okt. (Funktspruch.) Die polnische Delegation, die für morgen erwartet wird, besteht aus dem Außenminister...

Parlamentseröffnung in Dänemark.

Kopenhagen, 7. Okt. (Funktspruch.) Bei der gestrigen Eröffnung des dänischen Reichstages sprach Ministerpräsident...

Mailand, 7. Okt. (Funktspruch.) Die Ausschreitungen gegen die Freimaurer...

Mailand, 7. Okt. (Funktspruch.) Die Ausschreitungen gegen die Freimaurer und die Linksparteien in Florenz haben sich nun auch auf Rom ausgebreitet...

Berliner Theater.

Max Reinhardt und seine Berliner Bühnen.

Nichts kann die Wichtigkeit, mit der die Reinhardt-Bühnen auch heute noch zu führen wären, deutlicher herausstellen als die letzten drei Premieren...

Schon bei der letzten Premiere der „Komödie“ war das Bild umgewandelt. Max Reinhardt brachte in neuer Besetzung und Einstudierung seine Wiener Aufführung...

Besuch des Reichspräsidenten in Dresden

am 15. Oktober.

Dresden, 7. Okt. (Funktspruch.) Amtlich wird gemeldet: Reichspräsident v. Hindenburg wird der sächsischen Landesregierung am Donnerstag den 15. Oktober seinen Besuch abstaten...

Hindenburg nach Frankfurt a. M. eingeladen.

Frankfurt, 7. Okt. (Funktspruch.) Der Magistrat beschloß, den Reichspräsidenten zu bitten, mit seinem für Mitte Oktober in Aussicht genommenen Besuch bei den Regierungen in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt einen Besuch der Stadt Frankfurt a. M. zu verbinden.

Mexikanische Hindenburgkehrung.

Mexiko, 7. Okt. (Drahtbericht.) Anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg erschien die führende mexicanische Zeitung „El Universal“ mit einer, in Gemeinschaft mit dem „Deutschen Pressebüro in Mexiko“ veranstalteten, glänzenden ausgestatteten Sonderbeilage...

Der Reichsschulgeheimrat

vor dem braunschweigischen Landtag.

Braunschweig, 7. Okt. (Funktspruch.) In der heutigen Sitzung des braunschweigischen Landtages, die sich mit dem Reichsschulgeheimrat beschäftigte, und der Beschluß über die Stellung der Regierung zu diesem Entwurf verlangt wurde...

Abkehrung des Entwurfs durch den deutschen Lehrerinnenverein.

Dresden, 7. Okt. (Funktspruch.) Der allgemeine deutsche Lehrerinnenverein lehnte in seiner Gesamtvorstandssitzung in Dresden den Reichsschulgeheimrat ab.

Dr. Eckener wird für die Zeppelinpende.

Hamburg, 7. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Dr. Eckener wird am 9. Oktober für die Zeppelin-Eckener-Spende in Hamburg einen Vortrag halten. Am 11. Oktober spricht er in Altona.

Weitere Verhaftungen in der Feme-Mordaffäre

Berlin, 7. Okt. (Funktspruch.) Wie wir erfahren, sind von der Polizei weitere Verhaftungen vorgenommen worden, und zwar hat man Persönlichkeiten inhaftiert, die seinerzeit zu dem Kreis des Oberleutnants v. Senden gehörten...

Wir erfahren hierzu noch, daß der verhaftete Ebersbach als Offizier früher dem Wachregiment Berlin angehört hat und vordem in der Brigade Ehrhardt Dienst getan hat...

Wie aus Schömerin gemeldet wird, hat die dortige Staatsanwaltschaft am verflochtenen Samstag mehrere Personen verhaftet, die ebenfalls im Verdacht stehen, um die von Oberleutnant Schulz geleitete Feme gewußt zu haben...

Barmalausehuh des preußischen Landtages.

Berlin, 7. Okt. (Funktspruch.) In der Mittwochsitzung erörterte zunächst der kommunische Abgeordnete Bartels, Heilmann hätte Julius Barmat am Dienstag telefonisch instruiert, welche Antworten er auf die kommunischen Fragen geben sollte...

In den weiteren Verhandlungen entwickelte sich über die Besprechungen Heilmanns mit Barmat in einem Café am Potsdamerplatz und über die Benutzung Heilmanns als Mittelsperson durch den Vorsitzenden eine längere, zeitweise recht lebhaft geführte Aussprache...

Da weitere Bemeisurungen nicht gestellt wurden, schloß der Vorsitzende dann die Beweisnahme und der Berichterstatter v. Waldhausen (Df.) erhielt das Wort. Er gab einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses...

Tages-Anzeiger.

(Wieder siehe im Anzeigerblatt.)

Donnerstag, den 8. Oktober.

Landestheater: „Wand“, 8-10 Uhr. Bad. Schauspielhaus: „Eckener ins Glück“, 8 Uhr. Kaiserhof: „Kaiserlicher Hof“, 8 Uhr. Kaiserhof: „Kaiserlicher Hof“, 8 Uhr. Kaiserhof: „Kaiserlicher Hof“, 8 Uhr.

Seine ewige Wahrheit. Die im Raum und in der Zeit bedingte Welt kann keine ewigen absoluten Werte geben. In modernen Weltanschauungen wird die Richtung in der Wertphilosophie und der neuzeitlichen Metaphysik der Erkenntnis.

Das dritte Erkenntnisproblem der mittelalterlichen Philosophie betrifft das Verhältnis des Allgemeinen zum Besonderen. In der Philosophie der Realisten und Nominalisten werden bei William von Ockham die Allgemeinbegriffe zu bloßen Fiktionen...

Mittelalterliche und neuzeitliche Erkenntnislehre

Vortrag von J. M. Berwegen (Bonn) in der Kantgesellschaft.

Professor Dr. J. M. Berwegen (Bonn) ist in Karlsruhe nicht unbekannt. Vor einigen Tagen hielt er einen Vortrag über offenkundige Fragen; diesmal gab er, als Eröffnungsvortrag der Winterveranstaltungen der Kantgesellschaft, im Aula der Universität die rechtliche Hochschule eine wissenschaftliche Darstellung der mittelalterlichen Philosophie...

Im Vordergrund der erkenntnistheoretischen Fragen stand das Problem des Glaubens und Wissens. Die Lösungsversuche wirken bis in das moderne Denken weiter. Nationalistisch läßt Duns Scotus die Vernunft über den Wahrheitsgehalt des Glaubens entscheiden. Diese Richtung liegt im Zeitalter der Aufklärung und führt schließlich zur rationalistischen Theologie des Protestantismus.

Das zweite große Problem betrifft die Leistungsfähigkeit des menschlichen Geistes, die Grenzen der Erkenntnis. Thomas von Aquin läßt es im Sinne seines kritischen Realismus mit einem Anknüpfen an Kant, indem er mit seinem Satz: „Das Erkennen im Erkennen nach Art und Weise des Erkennenden“ deutlich ausdrückt, daß die Erkenntnis durch menschliche Denkformen bestimmt wird.

IV. Internes Konzert.

Die Kusterer-Gemeinde veranstaltete im Saale des Künstlerhauses ein sehr gut besuchtes Konzert. Im Mittelpunkt stand die Aufführung eines Trios für Violine, Viola und Violoncello (Opus 18) von Arthur Kusterer. Diese Serenade ist ein fröhliches, multistimmiges Werk voll reicher Einfälle. Gleich der ersten, lustig und froh bewegte Satz bringt jene humorvollen Stimmungen, die wir aus seiner Oper „Cajanova“ kennen...

Preislenkungsmaßnahmen.

Dem Landtagsabgeordneten Heurich wurde auf seine kurze Anfrage vom 6. Oktober wegen der Preislenkungsmaßnahmen der Reichs- und Landesregierung folgende schriftliche Antwort gegeben:

Nach dem Ergebnis der Ministerkonferenz vom 25. Sept. 1925 sollen in die Preislenkungsaktion der Regierung folgende Aufgaben einbezogen werden: Herabsetzung des Zinsfußes für öffentliche Gelder, Abstandsnahme von dem Bestreben auf möglichst baldigen Ausbau des Friedensvermögens bei öffentlichen Vermögensverwaltungen, Zulassung der freien Konkurrenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, Nachprüfung der Festsetzung der Gebühren für die Tätigkeit öffentlicher Behörden, Herabsetzung der Gebühren für Gas, Wasser und Elektrizität, Bekämpfung der Auswüchse im Kartellwesen und bei den Zünften, Überwachung der Lebensmittelpreise, insbesondere für Brot, Fleisch, Obst, Gemüse und Milch. Die hierüber angeforderten unmittelbaren Anweisungen der zuständigen Reichsministerien sind bis nur hinsichtlich der Frage der Preisverbilligung öffentlicher Gelder eingetroffen. Eine Einladung zu einer am 9. d. M. beim Reichswirtschaftsministerium in Berlin wegen des Preisabbaus stattfindenden Besprechung ist unterm 7. d. M. eingegangen.

Von Landes wegen wurde die Bucherabteilung des Landespolizeiamtes mit der Bekämpfung des Leistungswunders im Gewerbe und Handel betraut und beauftragt, die Preisberechnungen nachzuprüfen. Hinsichtlich der Zwangsinnungen wird geprüft, ob ihnen nicht die Festlegung von Preisen ausdrücklich verboten werden soll. Den Städten wird wegen des Verkaufs von vollstetigem Getreide die Nichtinflation mitgeteilt worden. Im Detailhandel wird nachgefragt, für welche Waren von Kartellen oder Preisverbänden für den Weiterverkauf feste Preise vorgeschrieben sind. Für diejenigen Kartelle, deren Tätigkeitsgebiet nicht über das Land hinausgeht, wird die gleiche Nachprüfung erfolgen, wie hinsichtlich der über das Reich sich erstreckenden Kartelle seitens der Reichsregierung.

Wintervorschüsse für die badischen Ruhestandsbeamten und Beamtenhinterbliebenen.

Nach einer Anordnung des badischen Finanzministers können auch den zurückerlegten Beamten und Lehrern der badischen Staatsverwaltung und ihren Hinterbliebenen zur Befreiung ihrer Wintervorräte an Heizöl und Nahrungsmitteln unverzinsliche Vorschüsse auf die Dienstbezüge gewährt werden. Die Vorschüsse dürfen bei Bezieherinnen mit Kindern ohne eigenes Einkommen den Betrag von 100 M. und bei Bezieherinnen ohne Kinder und bei Bewitweten mit eigenem Hausstand den Betrag von 50 M. nicht übersteigen. Die Vorschüsse werden in fünf monatlichen Teilbeträgen bei der Befreiung der Vorräte im Februar bis Juni nächsten Jahres abgezogen. Anträge auf Gewährung des Vorschusses sind bei der Landeshauptkasse einzureichen.

Protest der Beamten.

Jede Post bringt uns Berichte über Protestversammlungen von Beamtenvereinen wegen der abnehmenden Haltung der Reichsregierung und des Reichstages gegenüber den Forderungen der Beamtenchaft auf gehaltliche Besserstellung, namentlich der unteren Gruppen. So liegen uns auch heute wieder solche Zuschriften vor.

In Kaffat

Und kürzlich das dortige Ortskartell Kaffat des Deutschen Beamtenbundes die Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten zu einer öffentlichen Versammlung in das „Museum“ ein. Nach einleitenden Worten des 1. Vorsitzenden des Ortskartells, Stadtrat Weigle, berichtete Dr. Franzen, Geschäftsführer des Badischen Beamtenbundes, über Beamtenpolitik und Beamtenbesoldung. Eingehend vertrat er sich über das Beamtenabbaugesetz und die Forderung der Beamtenchaft auf eine zeitgemäße Neugestaltung des Beamtenrechts und der Schaffung eines Beamtenvertretungsgesetzes. Reicher Beifall der in großer Zahl erschienenen Beamten lohnte die treffenden Ausführungen des Redners, die in der nachfolgenden Aussprache von Hauptlehrer Mater, Oberpostsekretär Häfelle und Rangiermeister Heidingen noch besonders unterstrichen wurden. Festgestellt wurde, daß u. a. die Fleischpreise in Kaffat höher sind als in Mannheim und daß überhaupt die Spannung zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen auch bei uns in Mittelbaden viel zu hoch sei. Nachdem noch die Frage der vierteljährlichen Gehaltszahlung und die abnehmende Stellung des Reichsfinanzministers hierzu erörtert worden war, gelangte folgende, den maßgebenden Stellen in Berlin und Karlsruhe zu unterbreitende Entschließung einstimmig zur Annahme: „Die am 30. September im „Museum“ zu Kaffat verammelten Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten stellen in aller Öffentlichkeit fest, daß die Bezüge des größten Teiles der Beamtenchaft seit vielen Monaten nicht zum notwendigen Unterhalt mehr hinreichen. Ein weiteres Durchhalten der Beamtenchaft auf dieser dem Stand vom Januar 1924 entsprechenden, durchaus unzulänglichen wirtschaftlichen Basis ist einfach unmöglich. Die Beamtenchaft erwartet, daß von allen maßgebenden Stellen die furchtbare Not der Beamten- und Beamtenhinterbliebenenfamilien endlich eingesehen und unverzüglich zu wirksamen Maßnahmen gegriffen wird, um das Elend fühlbar zu mildern und der Beamtenchaft ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu sichern. Die Versammlung verlangt weiter, daß die schon vor Jahr und Tag und jetzt seit Monaten erneut wieder betriebene Preisabbauaktion der Reichsregierung entweder durch gründliche reichs- und landesweite Maßnahmen gestützt und über die Stadtgrenzen von Berlin auf die Provinzen und Länder ausgedehnt oder aber, wenn dies nicht möglich ist, ohne Verzug durch die unumgänglich notwendigen Besoldungserhöhungen ersetzt wird.“

In Schopfheim

Am Montag eine Versammlung der Beamten des badischen Beamtenbundes, des Reichs- und der Lehrer, die sehr zahlreich besucht war. Der erste Vorsitzende des badischen Beamtenbundes, Herr Thum, Karlsruhe, erstattete einen ausgezeichneten Bericht über das Beamtenrecht und über die bisherige Beamtenpolitik der Regierung und Volkswirtschaft. Als Ergebnis der Versammlung wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: „Seit Monaten haben wir der Reichsregierung unseren Lebensbedarf vorgerechnet, trotzdem werden wir in der Erfüllung unserer berechtigten Besoldungswünsche gehindert. Wir erheben Protest gegen die Verschleppung der wiederholt zugesagten Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage. Mit der Anerkennung unserer Notlage ist uns nicht mehr gebietet, jetzt müssen endlich Taten folgen. Unsere parlamentarischen Vertreter haben vor den Wahlen ihr größtes Beamteninteresse gezeigt, ihre Zusagen haben sie aber nicht gehalten. Die Befreiung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die Steuerpolitik der Reichsregierung zu Gunsten der Wirtschaft ist nicht mehr erträglich. Es kann den Hinterbliebenen nicht mehr länger zugemutet werden, durch eine Drosselung ihrer Lebensinteressen die Wirtschaft wieder aufzuheben. Von den Preislenkungsmaßnahmen der Reichsregierung können wir uns nach den bisherigen Erfahrungen keinen Erfolg versprechen. Ferner verlangen wir die Bekämpfung des in der Reichsverfassung längst verbrieften einseitigen Beamtenrechts. Wir richten an Regierung und Volkswirtschaft die dringende Mahnung, in Erfüllung der gemachten Zusagen alsbald eine gerechte Erhöhung der Beamtenbezüge einzutreten zu lassen, ansonst jeder Glaube an Recht und Gerechtigkeit bei der Beamtenchaft erlöschen müsse. Unsere Vertreter, die in unserem Existenzkampf stehen, haben unsere nothwendige Unterstützung.“

Nachklänge zu den Bretener Tagen.

Nach dem Programm der mit der Bretener Ausstellung verbundenen Veranstaltungen sollte der Schlußtag der letzteren — Sonntag, den 27. September 1925 — seinen Höhepunkt erreichen in einem allgemeinen Marktplatzfest. Was infolge des schlechten Wetters an diesem Tage nicht möglich war, konnte am letzten Sonntag stattfinden. Man muß den wunderbaren Marktplatz der alten Melancthonstadt kennen, um ermessen zu können, welche Wirkung eine allgemeine Beleuchtung desselben hervorbringt. Um 8 Uhr war der ganze Platz in ein feenhaftes Lichtmeer gehüllt und allgemein hörte man Worte der Bewunderung. Es war aber auch ein wirklich einzigartiger Anblick, die alten hohen Fachwerkhäuser in strahlender Beleuchtung zu sehen. Das Wetter äußerst günstig war, durchströmte eine nach Tausenden zählende frohbewegte Menschenmenge den Platz, auf dem eine Musikkapelle ihre schönen Weisen erklingen ließ. Etwa um halb 9 Uhr forderte ein Trompetensignal zur Ruhe auf. Bürgermeister Schömann hielt vom Rathaus aus an die Kopf an Kopf stehende Menge, die sich in lautloser Stille verhielt, eine Ansprache. Das, was er am Schluß der Ausstellung sagen wollte und woran er infolge der schlechten Witterung verhindert war, das sagte er heute. Er dankte vor allen Dingen seinen Mitarbeitern, den Mitgliedern des Hauptauswahlschusses der Ausstellung, für ihre uneigennützig treue, fleißige, während nahezu 6 Monaten währende Arbeit. Dann sprach er den Dank der Ausstellungsleitung und der Stadtgemeinde den vielen Ausstellern aus, die bewiesen haben, welch großer Fleiß in den gewerblichen, landwirtschaftlichen, industriellen und Handelskreisen. Bretens herrscht und der Anlaß zu den schönsten Hoffnungen gebe. Wenn überall so fleißig gearbeitet werde, dann müsse es mit unserem lieben Vaterlande bald wieder aufwärts gehen. Der weitere Dank galt der gesamten Einwohnerschaft, die durch Fleißigen und Schmücken der Häuser und Dekorierung der Schaufenster dazu beigetragen habe, daß die ganze Veranstaltung zu einer so wohl gelungenen geworden ist. Man habe es gemerkt, daß jeder das Seine zu einem guten Gelingen habe beitragen wollen. Der letzte Dank gebühre den Bewohnern des Marktplatzes, die die prächtige Beleuchtung darboten. Nicht etwa die Stadt, sondern die Marktplatzbewohner nähmen die Kosten dieser Beleuchtung auf sich. Mit einem von der tausendköpfigen Menge aufgenommenen „Soch“ auf die geliebte alte Stadt Bretens endete der Bürgermeister seine Ansprache. Eine angenehme Ueberraschung hat das gemein am Auftreten der Gesangsvereine „Frohinn“ und „Sängerbund“ bedeutet, die mit einigen gut vorgetragenen Chören die große Zuschauermenge erfreut haben. Stundenlang noch brannten die Flammen und es war nahezu Mitternacht, als die letzten erlöschend, die Menge zur Heimkehr mahnte. Dieser Abschluß der Bretener Tage gab wieder ein Zeugnis davon, was möglich ist, was Bürgerinn, richtig geleitet, hervorbringen im Stande ist.

Das Unglück am Schwabenheimer Hof.

Heidelberg, 7. Okt. Im Januar ds. Js. sind bekanntlich an der Baustelle des Redaktions beim Schwabenheimer Hof vier Menschen tödlich verunglückt. Der Kammermeister Josef Imhof aus Reutbad am Main, dem die Führung des Dampftransportis und die rechtzeitige Abhaltung der Hochleitung anvertraut gewesen war, war bekanntlich vom Schöffengericht von der Befähigung der fahrhäftigen Lösung freigesprochen worden. Der Staatsanwalt hatte aber Berufung eingelegt. Das Urteil der großen Strafkammer, auf der der Fall gestern erneut verhandelt wurde, lautete unter Aufhebung des vorinstanzlichen Urteils unter Berücksichtigung der strafmildernden Umstände auf 3 Monate Gefängnis, da Imhof fahrhäftig gehandelt habe, weil er weder der Hochspannung Aufmerksamkeit geschenkt, noch für die Dauer seiner Abwesenheit die Arbeiter gehörig instruiert habe, und diese die Auswechslung der Schienen, die zu dem Unglück führten — habe vornehmen lassen, selbst aber abseits gestanden und eine längere Unterredung geführt habe.

Badische Herbstnachrichten.

— Ettligen, 7. Okt. Das Herbstereignis der hiesigen Weinberge ist qualitativ wie quantitativ wieder Erwarten gut ausgefallen. Die Ausgiebigkeit der Trauben war außerordentlich gut und der Weinmof wo im Durchschnitt 70 Grad nach Oechsle. (Weingarten bei Durlach, 7. Okt. Gestern wurde hier offiziell mit dem Herbst begonnen. Qualität und Quantität ist zufriedenstellend ausgefallen, je nach Lage. Besonders reichlichen Ertrag haben die Amerikanertriede gebracht. Die Reife schwanken zwischen 50 und 75 M. die Dhm, doch bleiben die Weine meistens im Ort oder in der Nähe. — Sulzfeld, 6. Okt. (Herbstbericht.) Durch den Vorherbst wurde der Behang der Weinberge von den angehenden, wüchigen oder sonst kranken Trauben befreit. Für den allgemeinen Herbst, der in etwa 8 bis 14 Tagen erfolgt, bedeutet dieses Vorherbst, das, wie gesagt, nur einen Reinigungsprozess darstellt, keine Vorarbeit. Ueber die Ausichten hört man sehr widersprechenden Urteile. Jedenfalls geben die Amerikaner gut aus und die widerstandsfähigeren Edelreben versprechen ebenfalls einen guten Mittelherbst. Ganz so großartig, wie man ihn einstmals taxieren konnte, fällt er zwar nicht mehr aus, er wird aber immerhin manches leere Mostfaß mitfüllen; denn Most gabs sehr wenig. — Oberischopfheim (A. Lahr), 4. Okt. Der Herbst ist trotz der anhaltend unangünstigen Witterung beendet. Der Ertrag ist im allgemeinen gering, die Güte aber besser, wie gewohnt. Mostgewicht bis zu 70 Grad. Preis bei geringer Nachfrage noch nicht fest. — Buggingen, 6. Okt. (Herbstbericht.) Nun ist auch in hiesiger Gemarkung das Herbstgeschäft beendet, aber das Ergebnis ist geringer ausgefallen als die bestehenden gestellten Hoffnungen es erwarten ließen. Während man sonst durchschnittlich etwa 30 Liter auf ein Hektar herbstete, geben kaum einige Rebstöcke dieses Quantum; im allgemeinen wird der Winter zufrieden sein, wenn er durchschnittlich 5—10 Liter pro Hektar einheimen kann. Das Mostgewicht beträgt durchschnittlich 65—70 Grad nach Oechsle. Die Nachfrage ist bis jetzt nicht besonders groß. Einige Posten sind verkauft. Es wurden 85 Mark für das Dhm bezahlt. *

— Ettligen, 7. Okt. (Von der Südamerikanischen Mission.) Vater Rosenfeldt aus Ettligen wurde zum Provinzialdelegator von Südamerika ernannt. Mit 19 Jahren verließ er seine Heimat, um bei den Ballottieren einzutreten.

— Ettligen, 7. Okt. (Verhaftung eines Schwinders.) Hier wurde ein gewisser Reiter verhaftet, der durch Vorträge über angebliche Erlebnisse im besetzten Gebiet sich Mittel erwarb, die er zu reichlichem Alkoholgenuss verwendete. Ein Auftritten erregte schließlich Verdacht. Er war im Fahndungsstandt ausgehrieben und wurde in Buggingen festgenommen. Es werden ihm Bestrafungen zur Last gelegt, die er u. a. in Karlsruhe verübte.

— Mühlhausen bei Mesloch, 7. Okt. (Brand.) Aus noch unbekannter Ursache brach in der Scheune des Landwirts Wolf Effenbreis Feuer aus, das die Scheune zerstörte. Merkwürdig ist, daß es vor vier Jahren, genau am gleichen Tage, an derselben Stelle gebrannt hat.

— Kellheim, 7. Okt. Ihre goldene Hochzeit feierten gestern hier die Eheleute Stephan Schmitt.

— Heidelberg, 7. Okt. (Trauriger Gedenktage.) Heute vor 25 Jahren ereignete sich in der Nähe des Karlsruher bei Heidelberg das schwere Eisenbahnunglück, dem 9 Tote und über 100 Verletzte zum Opfer fielen. Das Unheil war dadurch entstanden, daß ein Vorortzug kurz vor der Station Karlsru auf freier Strecke hielt, angeblich weil die Schaffner mit dem Einfahren noch nicht fertig waren. Eine Bahnsteigbarre gab es damals nicht. Während der Lokalan auf der freien Strecke stand, stieß ein von Schopfheim kommender Kurzug mit ihm zusammen.

— Heilbronn, 7. Okt. (40 Jahre im Soldatentum.) Oberpostinspektor Heinrich Richter konnte heute auf eine 40jährige Dienstzeit zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand eine interne Feier statt, bei der der Amtsvorsteher dem Jubililar die Glückwünsche der Beamten und des Postamts überbrachte.

— Heidelberg, 7. Okt. (Goldene Hochzeit.) In dem benachbarten Eppelheim begingen heute die Eheleute Raifschreiber a. D. August Kölmel ihre goldene Hochzeit.

— Weinheim, 7. Okt. (Schwerer Zusammenstoß.) Auf der Straße Bensheim-Elmsbhausen stieß das Fuhrwerk des Händlers Kapp von Lorch mit einem Lastauto zusammen. Der Wagen wurde zerkümmert, das Pferd getötet und Kapp selbst schwer verletzt.

— Erlendbad b. Bühl, 7. Okt. (Vom Klosterneubau.) Die Erstellung des Klosterneubaus Marienheim-Erlendbad bei Bühl ist jetzt so weit vorangeschritten, daß kürzlich das Richtfest gefeiert werden konnte. Alter Sitte gemäß ließ der Zimmerpolier aus luftiger Höhe den Richtspruch erschallen, in welchem er dem Baue alles Gute für die Zukunft wünschte. Nach einer Besichtigung des sehr umfangreichen Baues lud die Klosterleitung sämtliche am Bau Beteiligten zu einem Festmahle ein.

— Gengenbach, 6. Okt. (Fahrplanänderung.) Hier wird am 17. Okt. eine vom Badischen Verkehrsverband einberufene Fahrplankonferenz stattfinden, an der auch Delegierte der Reichsbahndirektion Karlsruhe teilnehmen werden. Dabei soll u. a. gefordert werden: die Einführung des Kilometerheftes nach altem badischen Muster, Elektrifizierung der badischen Hauptstrecken, da für diese die nötigen Vorbedingungen die Verkehrsbedürfnisse und die Wasserkräfte, vorhanden sind. Fortfall des Stützpunktes und Erleichterung der Formalitäten bei der Zollrevision im Grenzverkehr, nicht nur bei der Eisenbahn, sondern auch für die Einreise mit Automobilen.

— Lahr, 6. Okt. (Versammlung der Grund- und Hausbesitzer.) In der gestrigen, sehr gut besuchten Versammlung der Grund- und Hausbesitzer hielt Architekt Wille-Karlsruhe einen interessanten Vortrag über die Lage des Hausbesitzes, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Trotzdem der Vermieter keinen „hellen Streifen am Horizont“ zeigen konnte. Bei der weiteren Abwicklung der Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß die Stadtverwaltung ein erneutes Gesuch des Vereins um Wüderung der Forderungen bei Gewährung von Darlehen für Instandsetzungsarbeiten (Rückzahlung innerhalb 3 Jahren, einprozentige Amortisation und hypothekarische Sicherheit) abgelehnt habe. Nur wolle sie bei Darlehen bis zu 5000 Mark von der Eintragung einer Hypothek absehen, verlange aber die Stellung eines Bürgen. Ebenso lehne die Stadt die Kündigung der jetzigen und die Aufstellung von neuen Wohnungslisten aus verschiedenen Gründen ab. Da der Verein die Angaben des Wohnungsamtes über die Wohnungsuchenden für stark übertrieben hält, wird er durch Mitglieder sich die tatsächlichen Zahlen hierüber verschaffen.

— Sulz (A. Lahr), 7. Okt. (Unvorsichtiger Schülze.) Von einem unvorsichtigen Jäger wurde eine Frau und ihr Töchterchen beim Karstoffausmachen, angepöschelt. Die Verletzungen sind erfreulicherweise nicht lebensgefährlich.

— Kappel a. Rh., 7. Okt. (Grenzverkehr.) Als Gegengefälligkeit für die gewährte Erlaubnis für die Eisler zum Besuche unseres Naturtheaters haben die französischen Behörden genehmigt, daß die hiesigen Einwohner am nächsten Sonntag und Montag die „Ritte“ in dem gegenüberliegenden Rheinufer besuchen dürfen. Auch von den nachgehenden deutschen Stellen wurde die Erlaubnis zum Besuche der Nachbarn bereitwillig erteilt. Für den Grenzübertritt genügt eine einfache Bescheinigung unseres Bürgermeisters.

— Freiburg i. Br., 7. Okt. (Winterlotterie.) Bei der Ziehung fielen auf Los Nr. 108 714: 50 000 M., Los Nr. 42 576: 20 000 M., Nr. 108 626: 10 000 M., Nr. 2385, 14 173, 18 880, 27 278, 89 447 je 1000 M. (Ohne Gewähr.)

— Stetten (Amt Lörzach), 7. Okt. (Großfeuer.) In der Nacht zum Dienstag entstand in dem Doppelwohnhause des Fridolin Meier und Franz Kuhnert aus bis jetzt noch nicht festgestellter Ursache ein Brand, der das gesamte Anwesen einäscherte. Auch das benachbarte Wohn- und Oekonomiegebäude des Landwirts Hupfer wurde durch den Einsturz des Dachebels sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Das Vieh und ein Teil der Fahrnisse konnten gerettet werden. Der Schaden ist bedeutend.

— Titisee, 7. Okt. (Schwerer Autounfall.) Auf der Seenerstraße Titisee-St. Blasien ereignete sich heute vormittag ein schwerer Autounfall. Ein mit 4 Personen besetztes Auto wurde von einem anderen Lastkraftwagen, der das Auto überholen wollte, an der Seite hart getroffen. Hierdurch zerbrach die Steuerung; der Führer verlor die Herrschaft über den Wagen und die fahrte schließlich die sehr steile Straßenböschung 8—10 Meter tief hinab und blieb vollständig zertrümmert auf dem Bahnhöfchen der St. Blasien-Bahn liegen. Drei Insassen, nämlich die Architektin Walter und Meier aus Pforzheim, die den Neubau am Feldberg-Hotel leitete, sowie der Leiter der hiesigen Postkraftwagenstelle, Wehrle, wurden äußerst schwer verletzt und mußten ins Hotel Titisee transportiert werden, wo ihnen die erste ärztliche Hilfe zuteil wurde. Ihr Zustand soll jedoch nicht lebensgefährlich sein. Der vierte Insasse kam mit leichten Abschürfungen davon.

— Konstanz, 7. Okt. (Zwei Brände in einer Nacht.) Gestern abend kurz nach 8 Uhr brach in einem in der Damngasse beim Bahnhof gelegenen Lagerraum aus bisher nicht festgestellter Ursache ein Brand aus, der in ganz kurzer Zeit große Mengen Tabak, die darin aufgestapelt waren und einer Tabakfabrik gehörten, vernichtete. Die Feuerwehr hatte schwere Arbeit, das Feuer zu dämmen. Wenn auch ein Niederbrennen des Gebäudes vermieden werden konnte, so hat dieses doch durch die Wassermassen so viel Schaden erlitten, daß die Wiederherstellungsarbeiten einem Neuaufbau gleichkommen werden. Der Materialschaden beläuft sich auf 30 000 RM. — In der gleichen Nacht gegen 1 Uhr wurde die Feuerwehr abermals gerufen. In einem an der Bahnlinie gelegenen Holzschuppen im benachbarten Allensbach war ebenfalls ein Brand ausgebrochen, der, da der Schuppen zur Fabrikation von Schußkugeln benutzt wurde, in den vorhandenen reichen Vorräten gute Nahrung fand und das Gebäude vollständig einäscherte.

Besteigerte Wünsche

bei Tisch, die das Ohr der Hausfrau zuweilen erreichen und mit dem Hinweis auf meist nicht gesteigerte Mittel abgelehnt werden, können doch sehr leicht erfüllt werden. Ueber raschung und Freude wird immer groß sein, wenn ein herrlicher

Oetker-Pudding

Ihren Tisch ziert. — Ihre Aufwendung dafür fällt sozusagen nicht ins Gewicht, weil Sie mit dieser außerordentlich nahrhaften und wohlgeschmeckenden Nachspeise leicht ein Zwischengericht ersparen.

Viele Geschmacksarten wie: Mandel, Vanille, Erdbeer, Himbeer, Citrone, Ananas geben Ihnen die Möglichkeit reicher Abwechslung.

1 Päckchen ausreichend für 4 Personen = 10 Pfennig. Die neuen Oetker-Feinkostpuddings stellen den verwöhntesten Geschmack zufrieden.

Table with 2 columns: Versuchen Sie: and Päckchen. Rows include Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln, Makronen-Pudding, and Schokoladenspeise mit Makronen.

In allen einschlägigen Geschäften nur in Original-Packung (niemals lose) zu haben.

Verlangen Sie ebendasselbe die beliebten Oetker-Rezeptbücher kostenlos oder, wenn vergriffen, umsonst und portofrei

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 8. Oktober 1925.

Gräberbesuch in Elßah-Vohringen zu Allerheiligen und Allerseelen.

Der Delegierte in Rehl der Rheinlandskommission gibt in der Rehler Zeitung über den Verkehr zwischen Deutschland und Elßah-Vohringen an Allerheiligen und Allerseelen bekannt: Vom 31. Oktober bis 4. November einschließlich werden bei deutschen Staatsangehörigen die Gräber von Verwandten in Elßah-Vohringen besucht...

2. Eine im Laufe dieses Jahres ausgeteilte Bescheinigung des Bürgermeisters bzw. der Friedhofsverwaltung, die bestätigt, daß ein Verwandter des Besuchers auf dem Friedhof der dortigen Gemeinde begraben ist. Namen und Vornamen des Antragstellers sind auf der Bescheinigung anzugeben.

Die Kosten betragen für jeden ausgeteilten Ausweis 25 Pfennig, die nur in französischer Währung zahlbar sind. Die Ausweise sind nur für die Zeit vom 31. Oktober bis 4. November einschließlich gültig.

Die Sonderpässe für diese Tage werden in den Büros des Spezialkommissars am Bahnhof zu Rehl vom 29. Oktober an ausgegeben und zwar jeden Tag vormittags zwischen 8 und 11 Uhr und nachmittags zwischen 2 1/2-6 Uhr (französische Zeit). Der 29. und 30. Oktober werden für die Einwohner des Bräutigamspostes Rehl referiert, die ihre Sonderpässe an diesen Tagen abholen müssen.

Gefuche an den Delegierten der Interalliierten Rheinlandskommission sind zwecklos, es wird ihnen keine Folge gegeben.

Der tschechische Außenminister Dr. Beneš fuhr gestern nacht mit Begleitung im Salonwagen, der den Schnellzüge D 149 und D 44 angehängt war, über Basel nach Locarno zur Konferenz.

Ermäßigung der Lebensmittelpreise. Zur Unterstützung der Preisermäßigungsbestrebungen der Reichsregierung gewährt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft auf die derzeitigen Frachten des Nottarifs für Lebensmittel ab 1. Oktober eine 10prozentige Ermäßigung. Die Ermäßigung erstreckt sich auf Getreide, Getreideerzeugnisse, Getreidefütterungsmittel, Getreide- und Getreideerzeugnisse, Getreide- und Getreideerzeugnisse...

Geldpreise für Erfindungen im Eisenbahnbereich. Wie das amtliche Nachrichtenblatt „Die Reichsbahn“ mitteilt, sind von den in der Betriebsrechnung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft vorgesehenen Mitteln 50 000 Mark an Beamte und Arbeiter als Belohnung für nützliche Erfindungen und Verbesserungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens gezahlt worden.

Brandstiftungen durch Kinder. In letzter Zeit mehrten sich in auffälliger Weise die Fälle, in denen Kinder in der ersten Kindertagesstätte an sich nehmen, im Hause oder in der Scheune ein Feuer anzuzünden und dadurch größere Brände verursachen. In einzelnen Fällen ist festgestellt worden, daß den Eltern bei Verwahrung der Streichhölzer eine strafbare Fahrlässigkeit zur Last fiel, jedoch Anklage gegen sie wegen fahrlässiger Brandstiftung erhoben werden mußte.

Badischer Gastwirtsverband. Mit Führung der Geschäfte des Badischen Gastwirtsverbandes (als Nachfolger des ausgeschiedenen Syndikus Dr. Kohl) ist Dr. Walter Gülller von Wiesloch betraut worden. Derselbe wird in nächster Zeit alle Kreisvorsitzenden des Verbandes besuchen, um sich in die Materie des Gastwirtsverbandes einzuarbeiten.

Der Beleidigungsprozeß gegen den leitenden Landtagsabgeordneten Lohar Wager, der heute vor dem Schwurgericht stattfinden sollte, wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Es handelt sich um einen in der „Badischen Zeitung“ veröffentlichten Artikel Wagers, der im Zusammenhang mit dem Hagenstiepprozess Angriff gegen die Staatsanwaltschaft enthielt.

Kurszettel der Hausfrau.

Es kostet im allgemeinen: 1 Pfund Dönsfleisch 1.20-1.30, Rindfleisch 90-1.30, Kalbfleisch 1.40-1.50, Kuchfleisch 80, Hammelfleisch 1.00-1.30, Schweinefleisch 1.40-1.50, Geflügel 74-78, Dönsfleisch 2.20-2.40, Schweinefleisch inkl. 1.25-1.50, ausl. 1.10-1.20, Hahn (Felds) 1.00-1.30, Reh 80-2.50, Geflügel 1.30-1.70, Fischfleisch 1.40-2.00, Seefische 50-2.00, Kartoffeln 4-5, Rosenohl 35-45, Blumenkohl 40-50, Kohlrabi 8, Weißkohl 6-8, Wirsing 12, Spinat 15-20, Bohnen 25-45, Karotten 10-12, Gelbe Rüben 8-10, Rote Rüben 8-10, Weiße Rüben 5-6, Kohlrabi 15-20, Erbsen 35, Schwamzwurzel 45-60, Zwiebeln 12, Kapseln 15-40, Birnen 25-75, Preiselbeeren 45-60, Nüsse 30-45, Trauben 30-75, Tafelbutter 2.30-2.60, Landbutter 2.00-2.40, Margarine 75-1.00, Feldsalat 40, 1 Stück Kopfsalat 8-25, Endiviensalat 3-20, Sellerie 8-50, Meerrettich 20-50, Eier 13-20, 1 Bund Rabieschen 12-15.

Karlsruher Filmschau.

Badische Lichtspiele im Konzerthaus. „Stiffa hat ins Glü“ ein Schneefilm, der uns neben flotten sportlichen Leistungen, herrliche Bilder des Hochgebirges zeigt. Zwei junge Damen führen uns durch die bewundernswürdigen Winterlandschaften der Silvretta und Bernina. Namen wie: Dönscharte, Wiesbadener Hütte, Verstanlakhorn, Dreiländerpizze, Silvretthütte, Fowela del Cofin, Alsters, Bernina, Bernina- und Bellavistagipfel, Diavolezhütte, Cabana et Rosa, lassen das Herz des Hochtouristen schneller schlagen, da er weiß, wie überwältigend Pracht sich dort seinen Augen bietet. Der Reiz wird sich dem Zauber dieser Pracht, beim Besuche dieses Filmes nicht entziehen können. Eine nette kleine Handlung, die durch die Begegnung der beiden Damen mit anderen Bergkletterern entsteht, bringt reiche Abwechslung und freudige Momente in das Spiel; und da das Spiel im Glü endet, werden auch alle die zufriedenen sein, die weniger den sportlichen Leistungen, als der Handlung wegen diesen Film besuchen. Der nette Film „Stiffa hat ins Glü“ bietet allen, die ihn besuchen, eine erfrischende Abwechslung.

„Tom Mitz, der Damenfreund“ nennt sich der neueste Film dieses so reich belächelten Comedian-Darstellers, der zurzeit im Weltkino, Kaiserstraße 133, läuft. Der Film zeigt ziemlich stark ins Groteske und trifft damit ausgezeichnet den augenblicklichen Geschmack des Publikums. Daneben erregt die For-Groteske „Dodo als Jodel“, wie immer bei For, wahre Lachsalven.

Die verbrannten Zigaretten.

Wie wir schon gemeldet haben, ließ eine Karlsruher Zigarettenfirma eine Million Zigaretten in den Feuerungen einer Fabrik verbrennen, weil die verlangte Bändersteuer so hoch war, daß der Verkaufspreis die Kosten nicht gedeckt hätte, und weil die Steuerbehörde es nicht duldet, daß die Zigaretten an Kleinrentner, Arbeitslose und Kriegsversehrte verschickt werden dürfen.

Dieser Vorfall hat in ganz Deutschland und wahrscheinlich auch im Ausland großes Aufsehen erregt. Die Neuerungen, die man über diesen Vorgang zu hören bekommt, sind wenig schmeichelhaft für die verantwortlichen Stellen. Natürlich richtet sich der berechtigteste Unwille zunächst gegen die Steuerbehörde, die auf der Vernichtung der Zigaretten bestand hat. Man ist der Meinung, daß diese Behörde unter allen Umständen diesen gravierenden Fall der obersten Steuerbehörde in Baden hätte vorlegen müssen, ehe sie die nach dem Buchstaben des Gesetzes vorgesehene Vernichtung unversehrter Waren in die Tat umsetzte. Dann hätte die badische Steuerverwaltung die Pflicht gehabt, bei der Reichssteuerbehörde auf die unbillige Auswirkung des Steuergesetzes, die von den Gesagten im Reichstag sicher nicht in den Bereich der Möglichkeit gezogen worden war, hinzuweisen und auf eine sofortige Änderung eines solchen Gesetzes zu drängen.

Besondere und wie man wohl sagen darf, völlig berechtigte Erbitterung hat die Vernichtung der Zigaretten in den Kreisen der Kriegsbekämpften hervorgerufen, die ihre Gesundheit für das Vaterland geopfert haben und denen durch kurzfristige unverständliche fiskalische Maßnahmen ein Geschenk entzogen wurde, das den Staat, dem sie gedient haben, seinen Pfennig gekostet hätte. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn gerade diese Leute nach solchen Vorkommnissen wenig Vertrauen haben zu den schönen Versprechungen von dem Dank des Vaterlandes.

Daß die Vernichtung von Sachwerten auch bei den Kleinrentnern, die durch die Inflation um Hab und Gut gekommen sind, schärfste Mißbilligung finden muß, ist selbstverständlich. Mit Recht weisen diese auf die gewaltigen Opfer hin, die sie gebracht haben, so daß viele, die einst selbst den Armen geholfen haben, heute auf die allgemeine Fürsorge angewiesen sind. Auch diesen Leuten hätte ein Geschenk von ein paar Schachteln Zigaretten Freude gemacht. Aber nein, die Ware muß verbrannt werden.

Nicht weniger bedeutungsvoll aber ist das Vorkommnis auch in seiner Wirkung im Ausland. Auch dort wird man es einfach nicht verstehen, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen Sachwerte in einem Land vernichtet werden, dessen Wirtschaft nur mit Hilfe von Auslandskapital in Gang gebracht werden kann, weil es durch den verlorenen Krieg verarmt ist. Auf der einen Seite kauft man mit Auslandskrediten Tabak im Ausland und dann kommt die Steuerbehörde des Inlands und verlangt die Vernichtung der fertigen Tabakware.

Wenn dieser Schicksalsschlag auch auf andere steuerliche Gebiete übertragen werden sollte, dann gehen wir herrlichen Zeiten entgegen. Mit demselben Recht, mit dem die Steuerbehörde die Vernichtung der Zigaretten verlangte, könnte sie auch anordnen, daß ein anderes Warenlager oder ein Haus, dessen Eigentümer infolge der wirtschaftlichen Depression die Steuer nicht bezahlen kann, einfach angezündet und verbrannt wird.

Der Staat erinnert übrigens stark an eine andere ebenso unbillige Maßnahme einer Steuerbehörde. In einer großen Dampfboiler-alleebing nicht in Baden - wurden wissenschaftliche Versuche angestellt, zur Gewinnung von Alkohol aus den Abwässern des Brotes, eine Angelegenheit, die schon lange die Wissenschaft beschäftigt. Der Steuerbehörde kam die Sache zu Ohren. Was tut sie? Wegen Verdachts der Schwarzbrennerei werden die Apparate amtlich verpfändet und die rein wissenschaftlichen Versuche, die vielleicht zu allseitigen Ergebnissen geführt hätten, mußten eingestellt werden. O heiliger Bürokratismus!

Die evangelische Gemeindegemeinschaft.

Die Wohnungsnot. Der gestrige Vortragsabend wurde von Organist Barner durch ein Präliminium und Andante von Rheinberger eröffnet; bei dem Andante kamen die jarten Register der Festhallorgel zu schöner Geltung. Darnach begrüßte Stadtpfarrer Seufert die Bergamteinen und den Redner des Abends, Warrer Herz aus Leipzig-Gohlis, der als Mitarbeiter im Sozialen Ausschuß des Deutschen Evangelischen Kirchenvereins die Wohnungsfrage besonders durchforstet und bei der Abfassung der Rundgebung des Kirchenvereins zur Wohnungsnot mitgewirkt hat, also besonders berufen ist, über die Wohnungsfrage zu sprechen.

„Unsere schwerste Not - die Wohnungsnot“, so lautete das Thema seines Vortrags. Der Vortragsabend frag zunächst, ob damit nicht zu viel gesagt sei. Wer einmal über die Wohnungsnot, sowohl in ländlichen wie in städtischen Verhältnissen, Material sammelt, der werde darüber erfahren, daß in unserem Vaterland in den Wohnverhältnissen so himmelschreiende Zustände vorhanden seien. Die Wohnungsnot war schon vor dem Kriege da, sie sei aber während des Krieges und nach dem Krieg bedrohlich geworden. Die mit der Industrialisierung einsetzende Spekulation mit Grund und Boden hatte das Mietskasernenwesen zur Folge, das ein Feind der Menschen und besonders der Kinder sei. Es entstanden die überfüllten Wohnungen, die durchaus menschenunwürdig seien. Darin überlebte Deutschland andere Kulturvölker. Der Krieg verhärmte viele Dinae. Die Bautätigkeit mußte stille stehen, Häuser zerfielen und mußten abgebrochen werden. In Einquartierungshäusern und Baracken wurden Flüchtlinge zusammengepfercht, wobei die Wohnräume oft nur durch einen Vorhang oder Tischler abgetrennt waren. Nicht selten nach einer Zusammenstellung des Karlsruher Stadtkonvents Dommer in Deutschland 600 000 Wohnungen. Wie viele neuvertrauten Paare haben keine Wohnung. Dadurch gehen arde Gemütswerte verloren. Warum werde nun nicht gebaut? Das habe viele Gründe: Die Baukosten haben sich gesteigert, das Bauamt sei knapp, die Bauzulassung seien zu klein. Die vielen Schank- und Vergnügungshäuser nehmen Wohnraum weg. Die Erstellung von Wohnungen stehe in keinem Verhältnis zum Bedarf. So werde die Wohnungsnot zur Lawine, die immer wachse und nicht aufzuhalten sei. Von den Folgen dieser Verhältnisse gab der Redner nur einzelne Beispiele aus Stadt und Land, selbst aus staatlichen Domänen. Er hob namentlich die Bettentnot und ihre Folgen hervor. Wenn die Wohnungsmißstände behoben würden, könnten die Aufwendungen für die Tuberkulosefürsorge verringert werden. Die Wohnungsnot sei auch ein Sexualproblem. Wie die Mietskasernen ein Massenarbeitsfeld für Volkseigenheit seien, so seien sie die Zerstörer jeder Behausung; ihr Mangel treibe die Leute aus dem Haus in die Kneipe. Am schlimmsten seien die geistigen und seelischen Wirkungen der üben Wohnverhältnisse; in ihnen müsse die Jugend verkommen, die Arbeitslust löshinden, ebenso fehle die Intimität zur Weite des Innerlichen, es fehle die Stille. Nach einem Worte Badelschwimms könne kein Mensch Sehnsucht nach einer höheren Heimat haben, der nicht ein trübendes Heimgefühl habe. Die Gemüts müssen aufgerüttelt werden, sodas allgemein erkannt werde, daß die Behebung dieses Grundüblems der Ausgangspunkt aller sozialen Fürsorge sein müsse. Die Not sei zu wenig bekannt; es gebe immer wieder Leute, die da sagen, die Dinge

seien nicht so schlimm. Andere sagen: das ist nichts zu machen, alles, was geschieht, sei nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Mit allgemeinen Phrasen sei nichts getan. Wenn die Gemüts erwacht sind, wird vieles geschehen. Es stehe noch viel Wohnraum zur Verfügung, wenn nur richtig verteilt würde. Es sollte der schöne Satz über das Wohnungsrecht aus der Reichsverfassung mehr durchgeführt werden. Es sollte ein Wohnungsbauplan mit eiserner Energie durchgeführt werden.

Der Vortragende besprach zum Schluß die einzelnen Wege zur Abhilfe: wir dürfen uns durch die Größe der Not nicht entmutigen lassen.

Karlsruher Schwurgericht.

Der Mord an dem Waldhüter Laible aus Wilschbach.

Wie in der Vormittagsung, die mit der Beweisaufnahme schloß, hat sich auch jetzt wieder eine beträchtliche Menge vor der Tür des Schwurgerichtssaales zusammengefunden, die stürmisch und lärmend in den Saal dringt, um den Vorgängen in gespannter Aufmerksamkeit zu folgen.

Auf Befragen zeigt der Angeklagte, in welcher Stellung er die Tat begangen hat. Dann erhebt der Staatsanwalt Dr. Mörke in eingehenden Ausführungen

die Anklage wegen Mordes.

gegen den jungen Verbrecher. Er bezeichnete die Tat als besonders schwer, da der Ermordete, der sechs Kinder hinterläßt, ein überaus fleißiger und rechtschaffener Mann war. Wichtiger als die Behandlung der Tat sei aber in dem vorliegenden Fall die Beurteilung der Persönlichkeit des Mörders, der eben von Grund aus verdorben unter ganz ungünstigen Verhältnissen aufgewachsen ist. Falch sei die Auffassung, daß eine Fürsorgeanstalt, in der sich der junge Mann befand, etwa ein geistigsanstaltige Strafeinrichtung sei. Gerade der Direktor der Anstalt in Nellingen war sorgsam darauf bedacht, auf seine Zöglinge nicht mit Strafen und Härte, sondern mit Geduld und Liebe einzuwirken. Er habe nicht nur auf jede Art versucht, den Zöglingen den Aufenthalt angenehm zu machen und sie auf gutem Weg zur Arbeit zu erziehen, sondern sogar Ausflüge mit ihnen unternommen, um in ihnen den Sinn für das Schöne und Gute in der Welt zu wecken. Der Angeklagte Schneider war aber ein sehr verstockter Zögling, der sechs Mal aus den beiden Anstalten, wo er untergebracht war, durchgebrochen ist und sich als Eindringler und Dieb herumgetrieben hat. Der Angeklagte zeigte sich feindselig gegen alles, was mit der Anstalt zusammenhing. Als er den Zusammenstoß mit Laible hatte, blieb ihm reichlich Zeit, seine Tat mit überlegter Absicht auszuführen. Die Frage sei, ob er den Laible habe töten oder nur kampfunfähig machen wollen. Die Antwort hänge von der Glaubwürdigkeit des Angeklagten ab, die man auf Grund seines Verhaltens in verschiedenen Fällen nicht aufrecht erhalten könne. Für die Tötungsabsicht sprechen die von Zeugen bestätigten früheren Aussagen des Angeklagten, daß ihm Laible im Weg war. Auch sprechen die näheren Umstände dafür, daß er den Revolver an sich genommen hatte, um sich auf jeden Fall zu wehren, wenn er von Laible überfallen würde. Auch hätte er dem Waldhüter entkommen können. Er hatte aber auf ihn gewartet im Hinterhalt. Ferner lasse die günstige Wahl des Ortes, den der Angeklagte zur Ausübung seiner Tat ausgewählt hatte, auf eine überlegte Tat schließen. Auch hatte er daran gedacht, nach der Revolver sorgsam zu beseitigen. Bei der Vernehmung war er durchaus kaltblütig. Die Anklage laute daher auf Mord, der mit dem Tode bestraft wird. Die Umstände, die als mildernd aus dem Mitten des Verbrechens hergeleitet werden können, dürfen der Anklage wegen Mordes nicht im Wege stehen.

Der Verteidiger Dr. Schillinginger.

schätzte in ausführlicher und breiter Weise, wie sich der Mörder bei seiner Tat verhielt. Er wies auf die Vergangenheit des Angeklagten hin, die überaus traurig war. In der Erziehungsanstalt wurde er des öfteren in Strafe genommen. Die geistige Beladung des Mörders war nicht beachtlich, daß er zur klaren Ueberlegung fähig war. Er müsse zu den „Entarteten“ gezählt werden. Die Entartung komme aus der Tuberkulose, an der die Eltern gestorben sind. Ein Zeichen von Entartung sei auch ein homosexuelles Betragen, wegen dessen er auch einmal bestraft wurde, ferner eine ausserordentliche Neigung zu übertriebenen Eitelkeit. Zudem sei das ganze Gefühlsleben des Angeklagten anormal. Die Ueberlegung bei der Tat könne nicht nachgewiesen werden. Nicht festzustellen sei, wer die Waffe geladen habe. Der Mörder stand stets unter dem Eindruck der Angst, gefolgt zu werden, weil er aus der Erziehungsanstalt entwichen war. Er lebte wie ein gekerkertes Wild. Der Mörder hatte nur die Absicht der Körperverletzung. Ihm fehle die Kenntnis der Tragweite seiner Handlung. Er folgte hemmungslos einem Zwang. Selbst beim normalen Menschen wäre die Tötungsabsicht schwer festzustellen. Auch das Zeugnis des Johann Wild sei nicht mehr als ein Beweis von Renommisterei des Anklägers. Er handelte im Affekt. Nach der Tat verbergte er sich nicht, denn er wußte nicht, daß Laible tot war, den er nur verletzen wollte. Der Verteidiger plädierte für eine Anklage auf Körperverletzung.

Das Urteil.

Nach fast einstündiger Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil:

Der Angeklagte Schneider wird wegen Totschlages zu zehn Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren bestraft. Der Angeklagte hat den Vorfall gehabt, zu töten und in dieser Absicht die Waffe gebraucht. Die Ueberlegung kann nicht bejaht werden, da die Gründe nicht durchschlagend genug sind. Mildernde Umstände werden verjagt, da der Angeklagte sich im Besitz seiner geistigen Kräfte befand.

Bei der Strafmessung fiel erschwerend ins Gewicht, daß der Anklagte zur Bluttat ein ganz geringfügiger war, daß es sich dabei um eine Gefühlsroheit handelte und ein braver, treuarbeiter Familienvater den Seinen entziffen wurde. Andererseits wurde die Jugend des Angeklagten und die ungünstigen Verhältnisse unter denen er aufwuchs, berücksichtigt. Das Gericht sprach auch die Ueberzeugung aus, daß Schneider offenbar nicht zu besser sei.

AUXOLIN Schuppenbildungen und den damit verbundenen Haarausfall behandelt man am zweckmässigsten mit Auxolin-Schuppen-Pomade von F. Wolf & Sohn, Karlsruhe. Preis Mk. 1.25 und Mk. 2.- die Dose.

Vorsicht beim Einkauf von Palmir! Es werden vielfach Nachahmungen mit ähnlich klingenden Namen unterworfen. Palmir nur echt, wenn auf dem Etikett der Namenszug Dr. Schillinginger steht!

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Die Bedeutung der chemischen Industrie Deutschlands.

Die Chemie gehört mit der elektrotechnischen Industrie zu den sogenannten beiden Industrien, die der deutschen Wirtschaft vor dem Kriege eine hervorragende Stellung auf den Auslandsmärkten schafften. Welche Bedeutung die chemische Industrie allein für den deutschen Außenhandel hatte, geht beispielsweise daraus hervor, daß im Jahre 1913 die Ausfuhr von Farben und anderen chemischen Erzeugnissen einen Wert von 775 Millionen RM. hatte. Das waren immerhin 7,6 vom Hundert der Gesamtausfuhr, also an sich nicht übermäßig viel, aber darum doch überaus wichtig, weil der deutsche Wettbewerb auf dem Gebiet der chemischen Industrie nicht zu schlagen war und auch nicht zu schlagen ist. Denn in den Jahren 1923/24, von welchen 1924 wieder leidlich geordnete Handelsbeziehungen mit dem Ausland brachte, konnte der Ausfuhrwert der chemischen Erzeugnisse auf 485 und auf 500 Millionen Mark gesteigert werden. Im Verhältnis zum allgemeinen Rückgang der deutschen Ausfuhr bedeutet das immerhin noch einen Anteil von 8 vom Hundert an der Gesamtausfuhr. Seit 1925 hat sich eine weitere beträchtliche Steigerung ergeben, denn im ersten Halbjahr sind bereits für 395 Millionen Mark chemische Erzeugnisse ausgeführt worden, so daß sich für das ganze Jahr eine Gesamtausfuhr von fast 790 Millionen Mark ergeben dürfte, die die der Vorkriegszeit sogar übersteigt.

Es ist der deutschen chemischen Industrie gelungen, die verlorenen Absatzmärkte nach erbitterten Kämpfen zum Teil wieder zu gewinnen, sowie neue zu erobern. Weder England, noch den Vereinigten Staaten ist es trotz der Wegnahme der deutschen Patente und Lizenzen möglich gewesen, eine der deutschen chemischen Industrie gleichwertige Industrie zu schaffen. Aller Voraussicht nach wird dies in Zukunft noch weniger möglich sein, da die deutsche Chemie auch nach dem Krieg sich nicht auf früheren Größtaten ausruhte, sondern unermüdlich weiter gearbeitet hat und weiter arbeiten wird. Was das Ausland nicht nachmachen kann, das ist die wissenschaftliche Erfahrung und die technische Schulung der deutschen chemischen Industrie, die als solche wieder in den großen führenden Werken gepflegt, die ursprünglich getrennt, schließlich geeint die ungeheure und beispiellose Kraft ihrer gesamten Organisation einsehen werden. Es ist wahr, daß veränderte Verhältnisse auf den Auslandsmärkten auf die deutsche Industrie zurückwirken mußten. Der schwerste Wettbewerb auf der einen Seite hat dazu geführt, die Leistungsfähigkeit der deutschen Werke nachzuprüfen. Da sie in der Hauptlage gleichwertige oder doch gleich geartete Erzeugnisse herstellen, ergab sich von selbst eine Verdichtung des Produktionsprozesses, der sich nach außen in der Abstoßung und Ausschaltung aller irgendwie überflüssigen Zwischenglieder ausdrückt. Wenn es gelingt, durch die Verdichtung des Produktionsprozesses die Herstellungskosten so zu senken, daß sie jede der übertreibenden Schlagen, dann ist für absehbare Zeit auf neue die überragende Stellung der deutschen chemischen Industrie gegründet worden.

Banken und Geldwesen.

Die Waffler-Gemeinschaft zum Terminbandel. Die Waffler-Gemeinschaft der Berliner Börse hatte zu Montag eine Sitzung einberufen, die sehr hart debattiert war. Der Vorsitzende Seefeldt teilte mit, daß der Vorstandsbericht in seiner heutigen Sitzung beschlossen habe, mit der Prüfung der Aufgabefaktoren der Waffler vorläufig noch nicht zu beginnen. Es wurde in der Versammlung darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten bei 10-15 Wafflerfirmen bei einem Gesamtmarktumsatz von 335 dem Vorstandsbericht keine Berechnung zum allgemeinen Vorgehen gegen die Wafflermarkt, auch nicht auf Grund des § 10 der Börsenordnung, die in den Bestimmungen über die Börsennotierungen enthalten sind, besteht. Es wurde in der Versammlung darüber diskutiert, ob es sich um einen Börsennotierungsverstoß handele, von dem ein Teil behauptete, daß er sich umschreiben dürfe, während der andere Teil dies bestritt. Die Wafflermarkt könne sich am Terminbandel nicht interessieren. Es wurde auch die Garantienfrage von 2000 RM. erwähnt, welche die Wafflerfirmen für die Wafflermarkt auf die Hälfte herabzusetzen werden. Erst dann könne der Terminbandel in Blick kommen. Man sprach sich schließlich noch darüber aus, daß die Wafflermarkt im Vorstandsbericht, gemäß ihrer Mittelglieder, härter vertreten sein müsse.

Zur Anmeldung von Mitbestimmungen für den Umtausch in die Anleiheablosungsschuld des deutschen Reiches. Es ist bereits bekannt gegeben worden, daß am 5. Okt. d. J. die Frist für die Anmeldung von Reichsanleihen alten Bestandes zum Umtausch in die Anleiheablosungsschuld des deutschen Reiches und für die Stellung von Anträgen auf Gewährung von Auslosungsrechten beginnt. Wer ein Auslosungsrecht erwirbt, nimmt mit dem Betrage des Auslosungsrechtes an der Tilgung der Anleiheablosungsschuld teil und erhält bei der Einlösung 12 1/2 Proz. des Nennbetrages der alten Anleihe, zuzüglich 4 1/2 Proz. Zinsen für jedes Jahr vom Beginn der Tilgung an. Es sei bereits jetzt zu Beginn der Antragsfrist vor Verfallung gewarnt, für Marktanleihen, die nicht Altbestandsanleihen sind oder als solche zu gelten haben, die Anerkennung als Altbestandsanleihen und die Gewährung von Auslosungsrechten sich zu verschaffen. Derartige Veruche sind mit schwerer Strafe bedroht. Das Reichsfinanzministerium hat eine Reihe von Kontrollmitteln in der Hand, die es ihm ermöglichen, den Altbestandscharakter der Marktanleihen nachzuprüfen und sich gegen Unrechlichkeiten zu schützen. Bekanntlich hat die Reichsanleihe A.G. zum Zweck der Tilgung des Restes der Reichsanleihen vom Jahre 1919 an sehr erhebliche Beträge der Reichsanleihen je nach der Lage des Marktes ge- oder verkauft. Es ist ein Nummernverzeichnis hergestellt, in dem die Nummern aller Anleihebestände enthalten sind, welche nach dem 1. Juli 1920 von der Reichsanleihe A.G. verkauft worden sind, also nicht Reichsanleihen alten Bestandes sein können. Dieses Nummernverzeichnis enthält Anleihen im Betrage von 15 Milliarden Mark verzeichnet. Wer fälschlicherweise Anleihen als Altbestandsanleihen ausgibt, läuft Gefahr, daß sich Nummern der von ihm als Altbestandsanleihen bezeichneten Anleihebestände in diesem Verzeichnis aufgeführt befinden und daß er wegen Betruges strafrechtlich verfolgt wird. Im übrigen sind mit der Vorprüfung der Anträge auf Gewährung der Auslosungsrechte Anleihealtbestandsanleihen bei den Finanzämtern befaßt, die in geeigneten Fällen an Hand der früheren Steuererklärungen der Antragsteller feststellen werden, ob die jetzt als Altbestands bezeichneten Anleihen bereits im Jahre 1920 dem Antragsteller gehört haben. Weitere Schutzmittel stehen gegen betrügerische Maßnahmen zur Verfügung, die etwa vom Auslande her in die Wege geleitet werden könnten. Eins dieser Schutzmittel sei erwähnt: In dem nach dem Berliner Vertrag vorgeschriebenen Auslosungsverfahren waren die Zinsforderungen, die bis zum 10. Januar 1920 fällig wurden, unter Befreiung der Zinssteuer anzumelden. Diese Anmeldungen und die Nummern der Zinsscheine werden für die Nachprüfung der Angaben ausländischer Anleihebesitzer verwertet werden.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften im Monat September 1925. Nach der Statistik des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften wurden am 1. Oktober 1925 gezählt: 104 Zentralgenossenschaften, 20 820 Spar- und Darlehnskassen, 4834 Bau- und Abgabenkassen, 10 681 sonstige Genossenschaften — zusammen: 40 142 landwirtschaftliche Genossenschaften. — Gegenüber dem Stande vom 1. September 1925 von 40 103 landwirtschaftlichen Genossenschaften ist wieder eine Vermehrung, und zwar um insgesamt 39 Genossenschaften eingetreten. 174 Neugründungen stehen 95 Abgänge gegenüber. Die Zunahme betrifft auch im September in der Hauptsache die Kreditgenossenschaften, bei denen eine effektive Vermehrung um 24 Genossenschaften zu verzeichnen ist. Sehr lebhaft war die Gründungsstätigkeit auch auf dem Gebiet der Elektrizitäts- und Maschinenkassen. 39 neue Genossenschaften werden hier gezählt. Die relativ geringsten Abgänge nehmen die Volkseigenen Genossenschaften für sich in Anspruch, bei denen 22 Neugründungen und nur zwei Abgänge festzustellen sind. Bei den Bau- und Abgabenkassen besteht ein Verlust von 11 Genossenschaften. Unter den Neugründungen

sind ferner 12 Dreischiffgenossenschaften und 8 Wasserverbundgenossenschaften zu erwähnen. Für die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ist im übrigen der Vergleich mit den gewerblichen Genossenschaften kennzeichnend; während im September die landwirtschaftlichen Genossenschaften ihre steigende Tendenz beibehalten, arrierten die gewerblichen Genossenschaften mit 13 Auflösungen und nur 65 Neugründungen zahlenmäßig wie auch prozentual innerhalb der gesamten Genossenschaftsbewegung nicht unerheblich in den Rückstand.

Wirtschaftliche Rundschau.

Starke Preisdifferenzen zwischen Inland- und Auslandswaren am Baumwollmarkt. Die neuen, am 1. Oktober in Kraft getretenen Zölle für Baumwollwaren, die gegenüber den bisherigen Sätzen um 100 Prozent gestiegen sind, machen sich bereits seit längerer Zeit in der Preisgestaltung der Baumwollgewebe bemerkbar. Die Knappheit an gewissen Baumwollgeweben auf dem deutschen Markt hat dazu geführt, daß zahlreiche Waren weit über den Weltmarktpreis hinaus getrieben sind. Die Preisunterchiede entsprechen meist genau den Zuschlägen, die auf den Preis der Auslandsware bei Lieferung innerhalb Deutschlands für Fracht und Zoll hinzugerechnet werden müssen.

Großer bulgarischer Bräudenbahn-Auftrag für eine deutsche Firma. Die Generaldirektion der bulgarischen Staatseisenbahnen und Häfen in Sofia übertrug an die deutsche Bräuden-Firma C. S. Juch in Dortmund die Lieferung und Aufstellung von 16 eisernen Bräuden bis zu 36 Meier Stützweite für 9 Eisenbahnüberführungen der beiden Strecken Sofia-Varna und Caribrod-Konstantinopel. Der Gesamtpreis der Bräuden beträgt 6 300 000 Leva.

Die Aufwärtsentwicklung der schwedischen Wirtschaft. Nach Auslassungen des schwedischen Auswärtigen Amtes ist die schwedische Wirtschaftslage gut. Die Ernte ist weit über dem Durchschnitt ausgefallen, besonders gut sind Weizen und Roggen. Die Staatsfinanzen weisen für das vergangene Budgetjahr einen Überschuß von 10-12 Mill. Kr. auf. Die gesamte Nationalschuld Schwedens belief sich Ende August auf 1 734 Mill. Kr.

Warenmarkt.

Produkte und Kolonialwaren.

Karlsruhe, 7. Okt. Produktienbörse. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Nach vorübergehender Schwächung in den letzten Tagen melden die auswärtigen Märkte neuerdings sehr feste Notierungen. Durch die schwäbende Tendenz irritiert, hält der Konsum noch zurück und wartet die weitere Entwicklung der Dinge ab. Weizen, handelsüblich 24,50-25, Roggen, neue Ernte, 18,75-19,50, Hafer ausl. 20-22, Hafer inl., neue Ernte 18,50-19,50, Mais mit Sad, neue Ernte 20-20,50, Weizenmehl, Mühlenforderung 37,25-37,75, Roggenmehl Mühlenforderung 27,50 bis 28, Weizenfuttermehl je nach Qualität 14-14,50, Roggenfuttermehl je nach Qualität 14-14,50, Weizenkleie 10-10,50, Roggenkleie 10-10,50, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viertreiber 17,50 bis 17,75, Malzkeime 15,25-15,75, Speisefarfein gelbfleischige 6-7, Speisefarfein weißfleischige 5,20-6, rote 4,50-5 R.M. — Rauh- und Futtermittel: Lohes Weizenhafe, gut, gelund, trocken 7-7,50, Luzerne 9-9,50, Weizen, Roggenstroh, drahtgepreßt 4,25-4,75, alles per 100 Kilo, Mühlenfabrikate, Mais, Viertreiber und Malzkeime mit Getreide ohne Sad, Fruchtparität Karlsruhe bzw. Fertigfabrikate Parität Frankfurt. Kleinere Quantitäten entsprechend Aufschlag. — Abteilung Wein und Spirituosen: Die Stimmung war äußerst ruhig und lukros. In Gebirgsweinen konnte die angebotene, zum Teil recht geringe Ware Befestigung nicht erlangen. — Abteilung Kolonialwaren: Kaffee, Kakao und Tee im Preise unverändert. Burmahreis 0,42, Graupen 0,42, gelbe, gepaltene Erbsen 0,40, neue ungar. Perlbohnen 0,39, neue Bohnen mittel 0,33, Kristallzucker 0,69, Salzfett 1,20, Schweinefett 2,10, alles per Kilo.

Karlsruhe, 7. Okt. Karloffelmarkt. Mit dem Donnerstag-Bodenmarkt wird für die nächsten Wochen ein belohnter Karloffelmarkt vor der Brudthalle hier verbunden.

Karlsruhe, 7. Okt. Mägen Butter- und Käsebörsen. Butter 1. Qualität 1,80, 2. Qualität 1,70 RM. Diese Notierung ist nicht als Aufschlag zu betrachten, sondern als Korrektur der letzten. Im übrigen unwirksam. — Weizen mit 20 Prozent Betrag, arznei Ware 04-06, mährische Raabgr. Mägen Rundbrot mit 45 Prozent Betrag 1,15-1,40 RM.

Karlsruhe, 7. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Hopfenmarkt. Zufuhr 100 Ballen, Umlauf 80 Ballen, Preis für Markthopfen 450-525, für Würtemberg 430-470 RM. Tendenz bei festen Preisen unverändert ruhig.

Darmstadt, 7. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Warenmarkt. Kaffee: Das Bedarfsverhältnis war etwas ruhiger, während der Importbandel sich von den Verkäufen weiter zurückzieht. Brasilien war mit seinen Offerten unverändert, teils bei 2 sh. niedriger. — Kakao: Die Tendenz ist bei etwas regerem Inlandsverkehr unverändert. Auch vom Auslande ist keine Verände- rung über Berandungen vor. — Reis: Trotz der festen Stimmung an den außereuropäischen Märkten schloß hier jeder Unternehmenslust. Das Geschäft ist gleich Null. Burma II gab im Preise etwas nach. Es notierte 15,11, November 15,12, Dezember 15,3. Burma III und spätere Andienungen notierten unverändert 12,6. Burma IV und spätere Andienungen etwas niedriger mit 12 sh. Moulmein I und II wurde mit 20, spätere Andienungen mit 20,3 sh. Siam I und II wurde mit 20,9 sh. denant. — Auslands: Die Haltung des Marktes ist weiter ruhig und abwärts. Bei kleinen Umsätzen wies die Preise keine Veränderung auf. Fischöl: Die Artikel der Böhmen notierten 18,9, November-Dezember 18,42, Guatemala I und II 18,10 sh. — Schmalz: Tendenz ruhig; amerikanisches notierte 40%, raffiniertes 43 1/2-44, Hamburger Schmalz 44 1/2. — Fett: 100 Kilo netto. — Getreide: Bei kleinen Umsätzen konnten die Preise sich leicht bewegen. — Mehl: Tendenz fest. — Hülsenfrüchte: Mittleres Geschäft, auch dem Markt festes Aussehen. Die Preise blieben unverändert. — Futtermittel: Der Markt verkehrte bei geringer Geschäftstätigkeit in ruhiger Haltung. — Öle und Fette: Der Markt verkehrte in ruhiger Haltung. — Gummifaktoren: Der Markt war im allgemeinen ruhig.

Darmstadt, 7. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Rastereinstimmungen. (5.30 Uhr.) Bahia Superior Santos: März 88,50 B, 88,25 B, Mai 88,50 B, 85,25 B, Oktober — B, Dezember 84,50 B, 84,25 B. Tendenz beavot.

Viehmarkt. Ellwangen, 7. Okt. Der Schweinemarkt war befaßt mit 39 Käufern, 118 Ferkeln. Verkauf wurden 19 Käufer und 72 Ferkel. Preis der Ferkel 88-50 RM., der Käufer pro Stück 88-75 RM.

Y. Kaffee, 6. Okt. Auf dem Schweinemarkt waren 201 Ferkel zu vertrieben. Nach Geschäftsgang, alles aufkauft zum Preise von 40-60 RM. für das Paar.

Stuttgart, 7. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Industrie- und Handelsbörsen. Es notierten: Baumwolle, No. 20 englische Troffel, Wars und Pincops 93-95 (96-98), No. 30 dta, 108-113 (111-113), No. 36 dta, 111-113 (111-116), No. 42 englische Pincops 114-116 (117-119) per Kilo. Baumwolle: Crétome das Meter 17,50-17,75 (17,50-18,00), Renforcés 15,25 bis 15,75 (15,50-16,00), Ratine und brollés 13,75-15,25 (14,00-14,50) je Meter. Nächste Börse 21. Oktober 1925.

Bradford und Tourcoing Wollmarkt. Aus Bradford und Tourcoing gehen uns nachstehende telegraphische Berichte zu: Bradford: Infolge des weiteren sehr festen Verkaufs der Londoner Auktion verkehrte auch der Bradford Markt in der vergangenen Berichtswochen äußerst fest. Besonders gefragt waren grobe Crochets und wurden hierin bedeutende Umsätze getätigt. Die gesteigerte Nachfrage läßt die Produzenten fest auf Preis halten, Konzeptionen sind nicht durchzuführen, im Gegenteil werden verhältnismäßig Preise erhöht. Preise für Räumlinge, Zugabrisse und Abgänge sind unverändert fest. — Tourcoing: Bei fest behaupteten Preisen wurde auf dem Kammanmarkt bedeutende Umsätze erzielt, wovon alle Qualitäten profitierten. (Wood, Hensen u. Schlundt.)

Metalle. v. D. London, 7. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Metallausfuhr. Kupfer per Kiste 61 1/2, per 3 Monate 62 1/2; Zinn per Kiste 27 1/2, per 3 Monate 27 1/2; Blei nahe Sicht 38 1/2, entfernte Sicht 38 1/2; Zink nahe Sicht 39 1/2, entfernte Sicht 38 1/2.

Wirtschaftsallerlei aus Ungarn.

Von unserem händigen Berichterstatter.

* Budapest, Anfang Oktober.

Seit über einem Jahr hat die Geldinflation in Ungarn aufgehört; aber man kann noch immer von einer Inflation einfließen sprechen. Ein großer Teil der Konjunkturalgewinne der Nachkriegszeit, hat während der Jagd nach Sachwerten neue Fabriken gegründet. Auf dem jetzigen Gebiete Rumpanungars gab es vor 10 Jahren 2080 Fabriken, gegenwärtig sind auf demselben Gebiet 2729 industrielle Anlagen. Statt 92 Maschinenfabriken zum Beispiel, sind jetzt 108, statt 14 elektrotechnischen Betrieben 24, statt 18 Lederfabriken sogar 45 vorhanden. Trotzdem handelt es sich nicht um einen Fortschritt. Denn die Budapester Mühlen haben jetzt 10 Millionen Meterzentner Getreide, jetzt nur 2 1/2 Millionen Meterzentner gemahlen. Die 12 Zuckerfabriken erzeugen nur Zweidrittel der Vorkriegsquantität. Die Salami-Fabriken produzieren statt 40 000 Meterzentner bloß 13 000 Meterzentner Ware. Alles in allem ist der Wert der industriellen Produktion des rumpanungarischen Gebietes von 1611 Millionen Goldfronen auf 1177 Millionen Goldfronen zurückgegangen. Während eine ungarische Fabrikanlage im Frieden im Durchschnitt für 800 000 Goldfronen Waren erzeugt hat, erzeugt sie derzeit im Durchschnitt nur für 430 000 Goldfronen Waren. Es ist also klar, daß der vorhandene industrielle Apparat viel zu groß ist, und infolge des Mangels von Kapital und der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung nur sehr unzulänglich ausgenutzt wird.

Wichtig ist es mit dem Apparat der Banken und anderen Geldanstalten. Von 200 eingetragenen Aktien-Banken sind gegenwärtig in Budapest nur 70 tatsächlich funktionierend. Konkurs hat es unter den Budapester mittleren und größeren Banken keine gegeben, doch mehrere Fusionen und Liquidierungen. Zuletzt ergab der Zusammenbruch der Ungarisch-Deutschen Bank ziemliches Aufsehen. Dieses mittlere Institut hat voriges Jahr mit der Ungarisch-Amerikanischen Bank fusioniert und konnte sich trotzdem nicht retten. Zur Auflösung muß hervorgehoben werden, daß an der Ungarisch-Amerikanischen Bank nicht ein Pfennig reichsdeutsches Kapital beteiligt war. Vor einigen Jahren, als diese Anstalt gegründet wurde, war allerdings von ungarisch-deutscher Seite Geld dabei, wie auch zwei Wiener und ein Berliner Institut mit geringeren Beträgen engagiert waren. Da aber die Budapester Aktionäre der Ungarisch-Deutschen Bank vom ursprünglichen Programm abwichen, so haben sich sowohl die ungarisch-deutschen, wie die deutsch-österreichischen und reichsdeutschen Kreise von dieser Geldanstalt ganz zurückgezogen, so daß sie schon seit Jahren ihren Namen fälschlich trug. Jetzt, bei der Liquidation, besitzt die polnische Niedermann-Gesellschaft die Mehrheit der Aktien. Uebrigens wurde das Fiasco dieser stets sehr unüberlegt geführten Mittelanstalt schon seit 2-3 Jahren erwartet und hat infolge dessen am hiesigen Platz keine größeren Wellen geschlagen.

Weitere Folgen erwartet man von der Erregung, die unter dem Budapester Besitzern Berliner Häuser überhandgenommen hat. Dieser Lage wurde unter dem Vorhinein des zur Regierenspartei gehörigen Abgeordneten Dr. Csiky eine Vereinigung zum Schutze dieser Hausbesitzer gegründet. In der gründenden Versammlung kam es zu sehr scharfen Ausfällen gegen Preußen. Es wurde gefordert, daß mit Hilfe der in jüngster Zeit auf Grund des preussischen Bodenbesitzgesetzes entstandenen Gerichtsbarkeit man die gutgläubigen Käufer von Immobilien um ihr rechtmäßig erworbenes Eigentum beraube. Man erklärte es als in der ganzen Welt beispiellos das stehend, daß grundbuchliche Eintragungen nachher unter verschiedenen Vorwänden für ungültig erklärt werden. Die neue Vereinigung entwarf eine Abordnung an die Regierung, die auf diplomatischem Wege Abhilfe schaffen sollte. Die Erscheinungen auf dem preussischen Grundstücksmarkt seien geeignet, der Reputation ganz Deutschlands Schaden zuzufügen. Im besonderen würde die Unrechtsprechung des am 1. Juli 1925 vom preussischen Landtag in dritter Lesung angenommenen Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken gefordert. Der preussische Staat möge die vorliegenden Interessengemeinschaften zwischen den Verkäufern und den Käufern von Inflations-Grundstücken auf gegenseitigem Wege in gerechter Weise regeln, denn die jetzige Gerichtsbarkeit schaffe eine Unsicherheit, die besonders dem Auslande gegenüber als peinlich empfunden werden müßte.

K. Exportmöglichkeiten. Lazarettausrüstungen. Die Finanzinspektion in Lattaque, Indien, schreibt die Lieferungen der Textilmaterialien für eine Lazarettausrüstung aus. Näheres bei der Inspektion des Finanzes de l'Etat des Maouties, Lattaque, Termin 20. Oktober. — Eisenbrücken und Flanschen Lech. Die Madras and Southern Mahratta Railway Company, Limited, 25 Buckingham Palace rd., Westminster S.W. 1, schreibt die Lieferung von Trägerbrücken im Gesamtgewicht von ca. 680 T., sowie von 52 Kranfahrläufen für Träger im Gesamtgewicht von ca. 15 1/2 T. aus. Näheres gegen Einfindung von Gumea 1. — (1.1) sh. auf die angegebene Adresse. Termin 20. Oktober. — Generatoren. Das australische Postmaster-General's Department, Melbourne, schreibt die Lieferung von 18 Motorgeneratoren mit einer Anzahl von Ersatzteilen aus. Näheres durch das Australische Haus, Strand, St. James, London. Termin 1. Dezember. — La. Die jugoslawische Staatsbahndirektion in Sarajevo schreibt die Lieferung von 3165 Kilogramm La. aus. Näheres dortselbst. Termin 29. Oktober. — Gummifaktoren. Die jugoslawische Staatsbahndirektion in Sarajevo schreibt die Lieferung von 4500 Gummifaktoren aus. Näheres bei der ausfindenden Stelle. Termin 4. November. — Kondenatoren. Das Conseil Sanitaire, Maritime et Quarantenaire de France in Alexandria schreibt die Lieferung eines Kondensators mit 20 T. Leistungsfähigkeit täglich aus. Der Kondensator ist für das Quarantaine von Sawahim bestimmt. Näheres durch die ausfindende Stelle. Termin 27. Oktober.

Großer Mangel an Textilwaren in Rußland. Der Mangel an guten Textilwaren-Artikeln in Rußland wird von Tag zu Tag höherer. Die aus dem Auslande eingeführten Waren hauptsächlich für die Garnverfertigung, vermochten den allgemeinen Warenmangel nur zu einem ganz geringen Teil abzumildern. Die Lage wird dadurch noch verschärft, daß mehrere Frachtschiffe weigern, Waren abzugeben, bevor Zahlungen geleistet worden sind. Die an sich schon sehr hohe Nachfrage wird nun künstlich durch spekulative Operationen des Privathandels gesteigert, indem wegen des schwachen Angebotes gegenüber kürzerer Nachfrage, bedeutende Preiserhöhungen zu verzeichnen sind. Während auf der Moskauer Börse zum Teil Baumwollwaren mit einem Preisauflauf von 14 bis 16 Prozent notiert werden, werden im Privathandel vielfach Zuschläge von über 40 Prozent und in der Provinz sogar bis 60-70 Prozent gefordert. Das geringste Angebot besteht in Baumwollwaren. Die Anforderungen haben sich in Moskau weiter verschärft. Bei früheren Partien werden für sofort in kleinere Baumwollwaren 60-50 Prozent in Part und Wechsel mit einer Kaufzeit von anderthalb bis zwei Monaten verlangt. Auch für Wolle ist die Tendenz gegenwärtig auf dem Moskauer Markt, allemal fest. Für Burkarawolle zahlte man diese Woche 29,50 für 100 Kilo, während 14,50 Goldrubel der Rub.

Steigerung des russischen Außenhandels für 1926 um 100 Prozent. Ueber den Außenhandel Rußlands für das kommende Jahr äußert die Stellvertreter des Volkskommissars für Außenhandel, Krumlin, einem Mitarbeiter der „Rambda“ folgendes: Rußlands Export und Import werden im nächsten Budgetjahr 2 Milliarden Rubel erreichen (im Vergleich mit dem verangenen Jahre 100 Prozent mehr). Der Export soll verdoppelt werden, während der Import eine Steigerung von 80 Prozent erfahren soll.

Der amerikanische Stoffhandelskongress abgelehnt. Präsident Coolidge hat, laut New Yorker Kabelbericht des „Konfessionär“, den von der Tarifkommission der Vereinigten Staaten vorgelegten erhöhten Schutzoll für baumwollene Handtücher abgelehnt, weil die Zollserhöhung den Einzelhandelspreis in einer für die Konsumenten untragbaren Weise verteuern würde.

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 7. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Die Abendbörse zeigte bei...

Mannheimer Börse.

Mannheim, 7. Okt. (Eigener Drahtbericht.) An der heutigen Börse...

Drahtmeldungen.

Keine Zahlungsschwierigkeiten bei Benz.

Mannheim, 7. Oktober.

In den letzten Tagen sind Gerüchte verbreitet worden, daß die...

Die Finanzlage bei Daimler.

Stuttgart, 7. Oktober.

Ueber die Finanzlage der Daimler-Motoren-Gesellschaft wird von...

Zu der Lohnfrage im Ruhrbergbau.

Essen, 7. Oktober.

Wie wir von unterrichteter Seite zu der Lohnfrage im Ruhrbergbau...

Schwierige Lage der britischen Schiffbauindustrie.

London, 7. Oktober. (Funksp.)

Western hielten die Gewerkschaftsführer der britischen Schiffbauindustrie...

Konstanz, 7. Oktober.

In der am 7. Oktober stattgefundenen Generalversammlung der...

Rüdingen, 7. Oktober.

Ueber das Privatvermögen der Fabrikanten-Carl Philipp, Ludwig...

Stuttgart, 7. Oktober.

Die a. o. G. der Steiger Verkaufs-G. in Stuttgart unter dem...

Das Amtsgericht Weiblingen hat den Antrag der Otto Krumm...

Die Kartonnagenfabrik Michael Bülz AG. in Tuttlingen erzielte...

Bei der Württembergischen Ziegelwerke AG. vormalig Hoettinger...

Die Württembergische Baumwollindustrie AG. in Kuchen beschloß...

Die Württembergische Baumwollindustrie AG. in Kuchen beschloß...

München, 7. Oktober.

Die für heute angelegte a. o. G. der Bandant AG. in München...

Die Inhaberin des Grundschuldbriefes auf die Bergbau-AG....

Der W. der Bayerischen Eisenwerke Franz Stod u. Bauer AG....

Die gestrige a. o. G. der Bayerischen Donau-Lon AG. in München...

Die a. o. G. der Braunlothenbergbau AG. in München genehmigte...

Die Zahnradfabrik Augsburg vormalig Johann Henk AG. in Augsburg...

Die W. der Ansbacher Motorenfabrik Karl Bachmann AG. in Ansbach...

Aachen, 7. Oktober.

Der Gläubigerbetrag der unter Geschäftsaufsicht stehenden...

Datsburg, 7. Oktober.

Die Württembergische AG. in Uerdingen a. Rh. die infolge einer...

Bremen, 7. Oktober.

Eine a. o. G. der Roland Linie AG. in Bremen soll über Er-

Berlin, 7. Oktober.

Die heutige a. o. G. der AG. für Chemische Produkte vormalig...

Die amerikanische der Stadt Frankfurt a. M. abgeschlossen. Die...

neuer Leitung) ist gut. Ein weniger befriedigendes Resultat ist...

Wie verlautet, sind die Abschlussarbeiten bei der Samag Meguin...

Ueber die Geschäftslage der S. Spindler AG., Färberei und...

Nach mehrfachen Verzögerungen erscheinen jetzt als erste Gold-

Die G. der Hamburger Elektrizitätswerke AG. genehmigte die...

Der Berliner Börsenvorstand hat einen Antrag abgelehnt, der...

Wien, 7. Oktober.

Die Folgen des nunmehr schon über 2 Wochen andauernden...

Vom süddeutschen Eisenmarkt.

r. Die kurze Bemessung der Lieferfristen bei der rheinisch-westfälischen...

Die amerikanische der Stadt Frankfurt a. M. abgeschlossen.

Die durch Vermittlung der Bankfirmen Lagard, Spener-Ellsen und...

Aus dem Siedellager.

Aus dem Siedellager. Am Dienstag trat der Gläubiger der...

Pianos-Harmoniums zu günstigen Preisen und Bedingungen. KARL LANG Kaiserstraße 167/1 Telefon 1073 (Salamander-Schuhhaus)

